

Klingemann, Hans-Dieter

Book Part — Digitized Version

Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969-1980: erste Explorationen in ein unbekanntes Land

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1983) : Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969-1980: erste Explorationen in ein unbekanntes Land, In: Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann (Ed.): Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, ISBN 3-531-11618-5, Westdeutscher Verlag, Opladen, pp. 478-537

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112503>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Die Einstellungen zur SPD und CDU/CSU 1969–1980

Erste Explorationen in ein unbekanntes Land

Hans-Dieter Klingemann

Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung

1. Fragestellung

Dieser Beitrag behandelt die Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung zu SPD und CDU/CSU vor den Bundestagswahlen der Jahre 1969, 1972, 1976 und 1980. Es wird danach gefragt, auf welche Merkmale dieser politischen Parteien das Interesse der Bevölkerung gerichtet war, welche Bewertung daraus folgte und in welchem Maße die Wahlentscheidung der Bürger auf solchen Einstellungen beruht.

1.1 Theoretische Orientierung

Die Michigan-Schule der Wahlforschung hat den Einstellungen der Bevölkerung zu den politischen Parteien besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dies wird mit der Annahme begründet, daß „the direction of a person's vote will depend in an immediate sense on his perceptions and evaluations of the things he sees in national politics“¹. Dabei gilt, daß der Wähler zwischen den Sachverhalten, die er wahrnimmt, und den politischen Parteien einen Zusammenhang herstellen muß, ehe von einem Einfluß auf die Wahlentscheidung gesprochen werden kann². Die Sichtweise impliziert einen starken Einfluß der aktuellen politischen Situation auf die konkreten Einstellungen zu den Parteien. Dies wird als Vorteil angesehen. Die Einstellungen sind dadurch besser geeignet, kurzfristige Veränderungen des Wahlverhaltens zu erklären als sozialstrukturelle Merkmale, denen langfristige Einflüsse zugeschrieben werden. In seinem Beitrag „Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency“ hat Stokes diese Perspektive in klassischer Weise herausgearbeitet³.

1 Donald E. Stokes/Angus Campbell/Warren E. Miller, Components of Electoral Decision, in: *American Political Science Review*, 52. Jg. 1958, H. 2, S. 368.

2 Vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald Stokes, *The American Voter*, New York: Wiley 1960, S. 169–171; David Butler/Donald Stokes, *Political Change in Britain*, London: Macmillan 1969, S. 174.

3 Donald E. Stokes, Some Dynamic Elements of Contests for the Presidency, in: *American Political Science Review*, 60. Jg. 1966, H. 1, S. 19–28.

Wir konzeptualisieren die Einstellungen zu den politischen Parteien als intervenierende Variablen. Sie werden als Merkmale begriffen, die einerseits die Wahlentscheidung mitbestimmen, andererseits aber von der sozialstrukturellen Lagerung und der Persönlichkeit des Wählers beeinflusst sind. Wir nehmen an, daß sozialstrukturell bedingte Interessenlagen und persönlichkeitsbezogene Orientierungen in verschiedenen Wahlkämpfen auf unterschiedliche Weise thematisiert und aktualisiert werden. Die latent vorhandenen Einstellungen werden also in je spezifischer Intensität und Kombination für die Wahlentscheidung manifest. -----

Diese Art der Betrachtung läßt Raum für einen genuinen Beitrag der Politik hinsichtlich der Bestimmung des Wahlverhaltens. Sie bezieht die Problemlagen der Gesellschaft, die Problemdefinitionen und das Problemlösungsverhalten der politischen Akteure mit ein. Dabei gehen wir davon aus, daß sich die Einstellungsmuster in der Bevölkerung mit Bezug auf die Dynamik gesamtgesellschaftlicher politischer Konstellationen formen. Sie können als Urteil der Wählerschaft über die vergangene, gegenwärtige und zukünftig erwartete Situation aufgefaßt werden. Die Qualität solcher Urteile, das Verhältnis der subjektiven Vorstellungen zu den objektiven Gegebenheiten, bleibt hier zunächst ungeklärt. Das Problem wird Gegenstand zukünftiger Arbeiten sein⁴. Wir hielten es jedoch für voreilig, die Urteilskraft der Wählerschaft zu unterschätzen. Spiegel bemerkt generell: „Der Grad der Freibeweglichkeit der Images auf der Realitätsebene ist viel geringer, als gemeinhin angenommen wird, die Verflochtenheit mit objektiven Beschaffenheiten in aller Regel enger, als auf den ersten Blick zu erkennen.“⁵

Diese These gilt, so meinen wir, auch für die Einstellungen zu den politischen Parteien. Politische Parteien sind keine qualitätsanonymen Objekte; sie haben eine Geschichte. Die Theorien der retrospektiven Wahlentscheidung rücken diesen Umstand ins Blickfeld. Die Wählerschaft wird hier gesehen als „appraiser of past events, past performance, and past actions. It judges retrospectively; it commands prospectively only insofar as it expresses either approval or disapproval of that which has happened before.“⁶ Eine andere Version postuliert, daß es für den Bürger rationaler sei „to ground his voting decision on current events than purely on future ones“⁷. Fiorina hat diese Überlegungen in jüngster Zeit wiederaufgenommen, weiterentwickelt, formalisiert und die Tragfähigkeit des Konzepts anhand amerikanischer Daten in beeindruckender Weise nachgewiesen⁸.

Es wäre sicher lohnend, diese theoretische Perspektive auch auf die Bundesrepublik anzuwenden. Wir können dies im Rahmen dieser Analyse nicht leisten. Die detaillierte Beschreibung der Einstellungen zu den politischen Parteien und die Be-

4 Die Analyse der Wahlprogramme der SPD, CDU/CSU und FDP für die Bundestagswahlen seit 1949 ist ein erster Schritt in diese Richtung.

5 Bernd Spiegel, Image und Imageanalyse, in: *Marketing Enzyklopädie*, Bd. 1, München: Verlag Moderne Industrie 1974, S. 967.

6 Vladimir O. Key, Jr., *The Responsible Electorate*, New York: Vintage 1966, S. 61.

7 Anthony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row 1967, S. 40.

8 Morris P. Fiorina, *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven: Yale University Press 1981.

stimmung ihrer Effekte auf die Wahlabsicht ist jedoch ein erster Schritt in diese Richtung.

1.2 Methode der Erfassung und Klassifikation der Einstellungen zu den politischen Parteien

Eine bestimmte Klasse von Einstellungen zu den politischen Parteien zu erfassen, gehört zum Alltagsgeschäft der empirischen Wahlforschung. Gemessen werden in der Regel Variablen, die – generalisiert – die Richtung und Intensität von Parteineigung ausdrücken. Beispiele hierfür sind die Parteiidentifikation, die Präferenzordnung von Parteien (Rangordnungsfrage) und die Parteisympathie (Skalometerfrage). Die Interpretation dieser Indikatoren ist umstritten. Einerseits wird hervorgehoben, daß die Parteineigung bereits früh, im Rahmen der Primärsozialisation, erworben wird und in der Folge die Perzeption und die Bewertung politischer Sachverhalte prägt⁹. Andererseits wird postuliert, daß sich Parteineigung „as a running tally of retrospective evaluations“, als Resultante der fortlaufenden Bewertung politischer Ereignisse ergibt¹⁰. Wir haben die Ausbildung von Parteineigung stets im Sinne der zweiten Alternative gedeutet, als Ergebnis eines *Bündels spezifischer Einstellungen* zu den politischen Parteien¹¹.

Das Interesse, solche Einstellungen zu erfassen, teilen wir, wenn auch teilweise aus anderen theoretischen Gründen, mit vielen anderen Wahlforschern. Wir teilen mit ihnen aber auch die Erfahrung, daß es schwierig ist, die *Einstellungsdimensionen* zu bestimmen und konkret zu operationalisieren. Kriterien, die den Auswahl- und Operationalisierungsprozeß dieser Klasse von Einstellungen zu den politischen Parteien verläßlich steuern könnten, sehen wir derzeit nicht. Hier hilft die Routine allein nicht weiter.

In dieser Lage scheint es uns angemessen zu sein, die Methode der offenen Frage als Instrument der Datenerhebung zu verwenden. Stokes begründet dies wie folgt: Die offene Frage schränkt die in der Bevölkerung vorhandene Vielfalt der Einstellungen zu den politischen Parteien nicht ein (*range*), sie mißt die Einstellungen, die den Wählern in einer bestimmten Situation tatsächlich bewußt sind (*saliency*) und gibt somit ein valides Bild von der Perzeption und Bewertung der politischen Parteien. Zudem kann eine entsprechend generell formulierte Fragestellung auch über län-

9 Vgl. Fred Greenstein, *Children and Politics*, New Haven: Yale University Press 1969; Herbert Hyman, *Political Socialization*, Glencoe, Ill.: The Free Press 1959; Robert Hess/Judith Torney, *The Development of Political Attitudes in Children*, Chicago: Aldine 1967.

10 Fiorina, *Retrospective Voting* (Anm. 8), S. 89.

11 Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11. Jg. 1970, H. 1, S. 111–138; Hans-Dieter Klingemann, Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14. Jg. 1973, H. 2, S. 227–256; Hans-Dieter Klingemann/Charles Lewis Taylor, Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 301–347; Hans-Dieter Klingemann, Der Wandel des Bildes der FDP in der Bevölkerung, in: Lothar Albertin (Hrsg.), *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980, S. 125–150.

gere Zeiträume hinweg verwendet werden, ohne daß der Wortlaut geändert werden müßte. Das trifft in der Regel auf geschlossene Fragen nicht zu, die in ihren Antwortkategorien der jeweiligen politischen Situation angepaßt werden müssen. Dabei sind die Effekte von Veränderungen der Fragestellung nur sehr schwer, wenn überhaupt, zu kontrollieren. Wir halten diese Argumentation für überzeugend. Darüber hinaus fällt, verwendet man die offene Frage, in reichem Maße qualitatives Material an, das für die inhaltliche Bestimmung der für die quantitative Analyse daraus gewonnenen zusammenfassenden Indikatoren mit Gewinn herangezogen werden kann¹². Mit dieser Position ist kein prinzipieller Einwand gegen den Gebrauch der geschlossenen Frage verbunden. Der oft dogmatisch geführte Streit um den Nutzen der offenen und der geschlossenen Frageformulierung soll hier nicht neu aufgelegt werden¹³. Es ist unbestritten, daß die geschlossene Frage immer dann vorzuziehen ist, wenn sich die Strukturierung des zu messenden Sachverhalts im Bewußtsein der Befragten mit der vom Forscher vorgenommenen Einengung der Reaktionsmöglichkeiten durch die Formulierung bestimmter Antwortalternativen deckt¹⁴. Dies aber scheint uns hinsichtlich der Einstellungen zu den politischen Parteien nicht gegeben zu sein.

Aus diesem Grunde haben wir uns an die vom Center for Political Studies, ISR, University of Michigan, seit dem Jahre 1952 verwendete Fragestellung angelehnt und die folgende Formulierung vorgegeben:

„Nun würde mich interessieren, was Ihrer Ansicht nach die guten und die schlechten Seiten der folgenden Parteien – CDU/CSU, SPD und FDP – sind:

- Was gefällt Ihnen an der CDU/CSU (SPD, FDP)?
- Was gefällt Ihnen nicht an der CDU/CSU (SPD, FDP)?“

Der Fragetext ist in einer wichtigen Hinsicht direktiv. Die Befragten werden aufgefordert, *positive* und *negative* Argumente anzuführen. Damit wird weitgehend ausgeschlossen, daß die Interviewten allein kognitive Aspekte betonen; infolgedessen kann die *Richtung* der Argumente leicht erkannt werden.

Die Qualität des erhobenen Datenmaterials hängt von der Leistungsfähigkeit des Interviewerstabs ab. Die Interviewer waren angewiesen, ausführlich nachzufragen und sorgfältig zu protokollieren. Erfahrungsgemäß wird eine solche Intervieweranweisung jedoch in unterschiedlicher Weise beachtet. Wir haben Art und Ausmaß der Interviewereffekte nur in einem Fall – im Falle der Vorwahluntersuchung des Jahres 1972 – systematisch überprüft. Danach ergaben sich relativ große Interviewereffekte hinsichtlich der Länge der Mitschrift. Diese Effekte verringern sich jedoch wesentlich, wenn statt der Länge der Mitschrift die Anzahl der mitgeschriebenen

12 Vgl. Donald E. Stokes, *Partisan Attitudes and Electoral Decision*, New Haven: Yale University 1958, S. 18–19 (Ph. D. thesis).

13 Vgl. dazu die schon früh vorgetragenen, abwägenden Äußerungen von Paul F. Lazarsfeld, *The Controversy over Detailed Interviews – An Offer for Negotiation*, in: *Public Opinion Quarterly*, 8. Jg. 1944, H. 1, S. 38–60.

14 Vgl. Erwin K. Scheuch, *Das Interview in der Sozialforschung*, in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 1, Stuttgart: Enke² 1967, S. 146–147.

sinntragenden Wörter als abhängige Variable zugrundegelegt wird¹⁵. Dies hat unser Vertrauen in die erhobenen Daten gestärkt. Dennoch besteht kein Zweifel daran, daß Tonbandprotokolle vorzuziehen sind.

Pro Interview haben die Interviewer im Durchschnitt 47 Wörter protokolliert. Das Ergebnis sind zeitgeschichtliche Dokumente besonderer Art. Sie geben zu den je spezifischen Zeitpunkten ein detailliertes Porträt der politischen Parteien aus der Sicht der Bevölkerung und sind damit eine Fundgrube für den Sozialhistoriker. Um diese Details zu erhalten, haben wir die Antworten wortgetreu maschinenlesbar aufbereitet; sie sind jederzeit, auch im Zusammenhang mit den sonstigen im Interview erhobenen Befragtenmerkmalen, abrufbar¹⁶.

Eine quantitative Verarbeitung der Textdaten ist indes ohne weitere Reduktion auf deskriptiv und theoretisch sinnvolle Kategorien nicht möglich. Wir haben zu diesem Zweck ein Klassifikationsschema vorgeschlagen, das von der Forschung auch über den ursprünglich intendierten Anwendungsbereich hinaus angenommen wurde¹⁷. Die Entwicklung dieses Klassifikationsschemas basiert auf den Arbeiten des Center for Political Studies¹⁸. Es geht in seiner Systematik jedoch über die dort vorgeschlagenen Kategorien hinaus.

15 Mit Hilfe einer Varianzanalyse wurde überprüft, welche Effekte der Interviewermerkmale Schulbildung und Berufstätigkeit sowie der Befragtenmerkmale Schulbildung und Geschlecht (als Indikatoren für politisches Wissen) auf (1) die Länge der Mitschrift der Interviewer und (2) die Anzahl der vergebenen Codes ausgingen. Bei der Länge der Mitschrift erwies sich das Interviewermerkmal Berufstätigkeit als wichtiger als die kontrollierten Merkmale der Befragten. Nicht berufstätige Interviewer schreiben mehr mit. In Hinsicht auf die Anzahl der Vercodungen war indes ein Befragtenmerkmal die Hauptquelle der Variation: Befragte mit höherer Schulbildung hatten mehr Argumente zur Hand. Offenbar wurden von den nichtberufstätigen Interviewern mehr redundante Wörter protokolliert. Die Ergebnisse wurden vorgetragen auf der Herbsttagung der Methoden-Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Mannheim, 13.–14. Oktober 1978. Das Tabellenmaterial findet sich in: Hans-Dieter Klingemann, *Intervieweffekte bei der Protokollierung von Antworten auf offene Fragen*, Mannheim: ZUMA 1978.

16 Alle Daten liegen in maschinenlesbarer Form als TEXTPACK-Systemfiles vor. Die Antworten können also im Originaltext mit den im TEXTPACK-System verfügbaren Programmen für die computergestützte Inhaltsanalyse verarbeitet werden. Vgl. Jürgen Höhe/Hans-Dieter Klingemann/Klaus Radermacher/Cornelia Schickle, *TEXTPACK-Benutzerhandbuch* (Version IV), Mannheim: ZUMA 1981.

17 Das Klassifikationsschema wurde erstmals dargestellt in: Hans-Dieter Klingemann, *Standardcode zur Verschlüsselung der Einstellungen zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Mannheim: ZUMA 1976. Das Klassifikationsschema wurde inzwischen für die Analyse von Wahlplattformen, politischen Reden und von Fernsehdebatten von Parteiführern verwendet. Vgl. Klaus Schönbach, Wahlprogramme und Wählermeinung 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H.2/3, S. 360–407; Kendall L. Baker/Helmut Norpoth, Candidates on Television: The 1972 Electoral Debates in West Germany, in: *Public Opinion Quarterly*, 45. Jg. 1981, H. 3, S. 329–345; Kendall L. Baker/Helmut Norpoth/Klaus Schönbach, Die Fernsehdiskussionen der Spitzenkandidaten vor den Bundestagswahlen 1972 und 1976, in: *Publizistik*, 26. Jg. 1981, H. 4, S. 530–544; Helmut Norpoth/Kendall L. Baker, Politiker unter sich am Bildschirm: Die Konfrontation von Personen und Sachthemen in den Fernsehdiskussionen 1972–1980, oben, S. 600; Klaus Schönbach/Rudolf Wildenmann, Election Themes and the Prestige Newspapers, in: Karl H. Cerny (Hrsg.), *Germany at the Polls*, Washington, D. C.: American Enterprise Institute 1978, S. 169–194.

18 Vgl. den vom Center for Political Studies, Institute for Social Research, The University of Michigan, Ann Arbor, Michigan, entwickelten „Party Master Code“.

Kodier- und Zählbarkeit ist das von den Befragten vorgebrachte Argument. Erfasst werden die folgenden Aspekte eines Arguments:

- 1 die Art des der Partei zugeschriebenen Merkmals;
- 2 die Bewertung dieses Merkmals durch den Befragten (positiv/negativ);
- 3 die Art der Verknüpfung des Merkmals mit der politischen Partei (assoziativ/dissoziativ);
- 4 die zeitliche Gültigkeit des Arguments.

Die auf das einzelne Argument bezogene Einstellung des Befragten zu der politischen Partei ergibt sich danach aus der Bewertung des perzipierten Merkmals und der Art der Verknüpfung mit dem Einstellungsobjekt. Aus der Summe aller auf eine bestimmte Partei bezogenen Argumente ist dann sowohl die *Richtung* als auch die *Intensität* der Parteineigung ableitbar.

Die Art der einer Partei zugeschriebenen Merkmale wird vergleichsweise detailliert erfasst. Das Klassifikationsschema bietet hierfür 58 Kategorien an, die zu acht Gruppen zusammengefaßt werden können. Danach werden die folgenden Argumentengruppen unterschieden:

- 1 ideologische Argumente;
- 2 gruppenbezogene Argumente;
- 3 innenpolitische Argumente;
- 4 außenpolitische Argumente;
- 5 Argumente, die auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogen sind;
- 6 Argumente, die auf Politiker bezogen sind;
- 7 unpolitische Argumente;
- 8 unspezifische Argumente.

Diese acht Klassen von Argumenten werden Gegenstand der weiteren Analyse sein. Die genauen Definitionskriterien sind im Anhang beschrieben; sie sollen deshalb hier nicht wiederholt werden. Wir werden im Folgenden jedoch darauf bedacht sein, den spezifischen Bedeutungsgehalt durch ausgewählte Antworten der Befragten zu illustrieren.

Das skizzierte Klassifikationsschema ist komplex. Für jedes zu verschlüsselnde Argument bietet es 1093 Entscheidungsmöglichkeiten an. Nur eine intensiv geschulte Verncodergruppe kann die damit gestellte Aufgabe bewältigen. Eine solche Verncodergruppe stand uns im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, zur Verfügung. Sie hat das gesamte Textmaterial inhaltsanalytisch aufgeschlossen. Verlässlichkeitstests ergaben eine zufriedenstellende Reliabilität¹⁹. Bei der Vercodung wurden alle Argumente berücksichtigt, die ein Befragter ins Feld

19 Im Rahmen eines Verlässlichkeitstests verschlüsselten sechs Mitarbeiter der ZUMA-Vercodungsabteilung 28 Interviews (pro Verncoder 112 Fragen). Dabei wurden die folgenden Übereinstimmungsraten erzielt, die als Durchschnitt der Übereinstimmung zwischen jeweils zwei Vercodern errechnet wurden:

- (1) Entscheidung über die richtige Kategorie (Eigenschaft): 81 %;
- (2) — plus Entscheidung über die Bewertung der Eigenschaft durch Ego und Art der Verknüpfung der Eigenschaft mit der politischen Partei: 76 %;
- (3) — plus Entscheidung über die zeitliche Gültigkeit des Arguments (1093 Möglichkeiten): 71 %.

führte; ein Abbruchkriterium war nicht vorgegeben (z. B. nach der dritten Nennung o. ä.). Bei den insgesamt 6121 Interviews (1969–1980) wurden insgesamt 36 168 Argumente verschlüsselt.

2. Deskription der Einstellungen zu den politischen Parteien

Im ersten Teil der Datenanalyse wird beschrieben, auf welche Merkmale der politischen Parteien das Interesse der Bevölkerung gerichtet ist und welche Bewertung daraus folgt. In allen Fällen wurden die Daten vor einer Bundestagswahl erhoben; die jeweilige Situation ist also durch die Wahlkampfaktivitäten der Parteien gekennzeichnet²⁰.

Die Analyse beschränkt sich darauf, die Ergebnisse der Inhaltsanalyse der von den Interviewern protokollierten Antworten der Befragten generell darzustellen. Es werden Prozentzahlen berichtet. Die Anteilssätze beziehen sich, je nach Analyseabsicht, einmal auf die Gesamtzahl der verschlüsselten Argumente, zum anderen auf die Gesamtzahl der Befragten. Wir werden dies im Folgenden noch deutlich machen, um Mißverständnisse zu vermeiden.

Die Vielfalt der Daten legt eine graphische Präsentation nahe. Eine systematische tabellarische Dokumentation der Ergebnisse findet sich im Anhang.

2.1 SPD und CDU/CSU als Einstellungsobjekte

Das politische Leben in der Bundesrepublik Deutschland ist von der SPD und der CDU/CSU wesentlich mitgestaltet worden. Die Massenmedien berichten regelmäßig über das, was diese Parteien tun; bei Wahlen erhalten sie den größten Anteil der

20 Bei den Umfragen handelt es sich um die folgenden Studien:

- 1969 – Primärforscher: Max Kaase, Uwe Schleth in Zusammenarbeit mit Wolfgang Adrian, Manfred Berger und Rudolf Wildenmann, Universität Mannheim; Feldzeit: September 1969; Erhebungsinstitut: Infratest, München; ZA Nr. 0525.
- 1972 – Primärforscher: Hans-Dieter Klingemann und Franz Urban Pappi, Universität zu Köln; Feldzeit: September/Okttober 1972; Erhebungsinstitut: Marplan, Offenbach; ZA Nr. 0632.
- 1976 – Primärforscher: Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Edelgard Gruber, Dieter Roth, Wolfgang Schulte, Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, in Zusammenarbeit mit Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, und Uwe Schleth, Universität Heidelberg; Feldzeit: Mai/Juni 1976; Erhebungsinstitut: Getas, Bremen; ZA Nr. 0823.
- 1980 – Primärforscher: Manfred Berger, Wolfgang G. Gibowski, Dieter Roth, Wolfgang Schulte, Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim, Max Kaase, Universität Mannheim, Hans-Dieter Klingemann, Freie Universität Berlin, und Dieter Fuchs, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim; Feldzeit: September 1980; Erhebungsinstitut: Marplan, Offenbach; ZA Nr. 1053.

In allen Fällen lag die Verantwortung für die Vercodung der Antworten auf die offenen Fragen nach den guten und schlechten Seiten der politischen Parteien beim Autor dieses Beitrags. Die DFG hat dieses Unternehmen in vielfältiger Weise unterstützt. Wir sagen dafür auch an dieser Stelle unseren Dank.

Stimmen. Bei dieser Sachlage können wir davon ausgehen, daß bei nahezu jedermann Einstellungen zu SPD und CDU/CSU vorhanden sind. Unsere Umfragen bestätigen dies. Bis auf ganz wenige (unter fünf Prozent) sehen sich die Befragten in der Lage, zumindest in allgemeiner Weise (Skalometerfrage) Sympathie oder Antipathie auszudrücken.

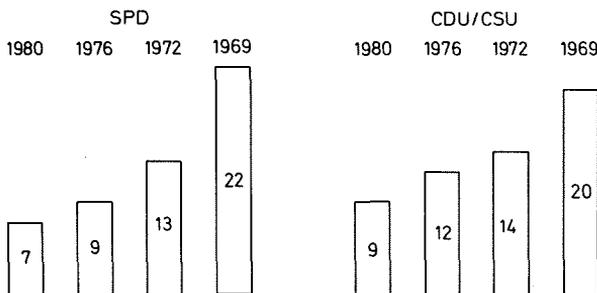
Unsere Bitte, mit eigenen Worten zu sagen, was an SPD und CDU/CSU gefällt oder mißfällt, stellt jedoch größere Anforderungen an das politische Wissen und die Artikulationsfähigkeit der Befragten. Es ist deshalb nicht von allen Befragten eine Antwort zu erwarten.

Diese Erwartung wird, wie Schaubild 1 zeigt, bestätigt. Interessanter ist jedoch der sich in den Zahlen ausdrückende Trend. Im Jahre 1969 wollte oder konnte etwa ein Fünftel der Wahlberechtigten keine Beurteilung abgeben. Dieser Anteil nimmt indes kontinuierlich ab. Im Jahre 1980 sind es dagegen über 90 Prozent der Befragten, die ihre Vorstellungen über die SPD und die CDU/CSU zu Protokoll geben. Gleichzeitig steigt die durchschnittliche Anzahl der genannten Argumente. Das Interesse an und die Information über die beiden Parteien ist also im Beobachtungszeitraum gewachsen und hat heute einen hohen Stand erreicht.

2.2 Dimensionen der Argumentation

Die konkreten Inhalte der Antworten der Befragten zeichnen sich durch eine große Vielfalt unterschiedlicher Argumente aus. Sie können in dieser ursprünglichen Form quantitativ nicht sinnvoll beschrieben werden. Die Deskription ist nur dann zu leisten, wenn die vorgetragenen Argumente auf eine überschaubare Anzahl analytisch brauchbarer Kategorien reduziert werden. Wir haben bereits ausgeführt, daß wir uns in dieser Hinsicht auf die eingangs beschriebenen acht zusammenfassenden Dimensionen des Klassifikationsschemas stützen wollen. Mit dieser Vorgehensweise ist not-

Schaubild 1: Anteil der Befragten, die auf die Frage nach den guten und schlechten Seiten der SPD oder der CDU/CSU keine Argumente zu Protokoll gaben



wendig ein Informationsverlust verbunden. Die im Anhang dokumentierten Details sollen helfen, einen Teil dieses Informationsverlustes wettzumachen²¹.

Die Schaubilder 2 und 3 geben einen Überblick über die Verteilung der von uns unterschiedenen Argumententypen, *bezogen auf die Gesamtzahl der zum jeweiligen Beobachtungszeitraum von den Befragten angeführten Argumente*. Sie zeigen auch die damit für die beiden Parteien verbundenen positiven und negativen Bewertungen. Schon auf den ersten Blick wird deutlich, daß die *Argumente*, die sich auf *Regierung*, *Opposition* und *Partei* richten, für beide Parteien – insbesondere aber für die CDU/CSU – von größtem Gewicht sind. Es fällt auch auf, daß die überwiegende Anzahl dieser Argumente eine negative Bewertung impliziert. Worum geht es den Befragten bei diesem Themenkomplex? Die Antworten weisen darauf hin, daß es sich hierbei in erster Linie um Einstellungen handelt, die sich auf die generelle Leistungsfähigkeit, den Zustand der Partei und den Stil der politischen Auseinandersetzung beziehen. Die folgenden Beispiele sollen diese Inhalte illustrieren.

(1) *Regierungs- und Oppositionsleistung*

SPD positiv: „Hat sich in den letzten Jahren gut bewährt“ (1969). „Sie hat in den drei Jahren ihrer Regierungstätigkeit viel erreicht“ (1972). „Was sie versprochen haben, haben sie zum größten Teil gehalten. Mir ging es noch nie so gut wie heute“ (1976). „Allgemein gesagt, bin ich mit den Leistungen zufrieden“ (1980).

SPD negativ: „Sollten mehr leisten und weniger reden“ (1969). „Die Versprechungen in der Regierungserklärung 1969 wurden nicht eingehalten“ (1972). „Sie können die Reformen nicht durchführen“ (1976). „Die SPD hat das Regierungsprogramm nicht geschafft“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Sie haben die Bundesrepublik zu dem gemacht, was sie ist“ (1969). „Sie betreibt eine konstruktive Opposition“ (1972). „Daß sie durch ihre Stellung in der Opposition Anstoß zu weiterem Denken gibt“ (1976). „Sie ist ein guter Gegenpol zur Regierungskoalition“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Die reden nur so gescheit und bringen doch nichts fertig“ (1969). „Ich vermisse Vorschläge, wie man es anders und besser machen könnte“ (1972). „Sie machen auf der Oppositionsbank eine schlechte Figur. Sie müßten härter sein“ (1976). „Die will nur Streit in die Politik bringen, wenn die drankommt, geht es uns schlechter“ (1980).

(2) *Zustand der Partei*

SPD positiv: „Hat eine gute Mitgliederorganisation“ (1969). „Hat eine klare und sachliche Linie“ (1972). „Sie hat eine klare Linie“ (1976). „Daß die Partei in sich etwas geschlossener ist als die anderen“ (1980).

SPD negativ: „Es herrscht keine innerparteiliche Demokratie“ (1969). „Die innere Zerstrittenheit; die JUSOS“ (1972). „Die vielen Flügel und die selbstzerstörerischen Tendenzen“ (1976). „Bei denen geht in der Partei alles drunter und drüber“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Die Einigkeit bei Abstimmungen“ (1969). „Daß sie so tapfer zusammenhält“ (1972). „Die sind geschlossen“ (1976). „Sie sind in sich sehr gefestigt“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Ist sich in ihrem eigenen Kreis nicht immer einig“ (1969). „Daß sie in sich so zerstritten ist“ (1972). „Daß sie immer noch in sich so zerstritten sind. Die Unterschiede von CDU und CSU sind doch gravierend“ (1976). „Sie sind untereinander uneinig“ (1980).

21 Vgl. die Tabellen 7 bis 22 im Anhang.

Schaubild 2: Komponenten des Vorstellungsbildes von der SPD in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, 1969–1980

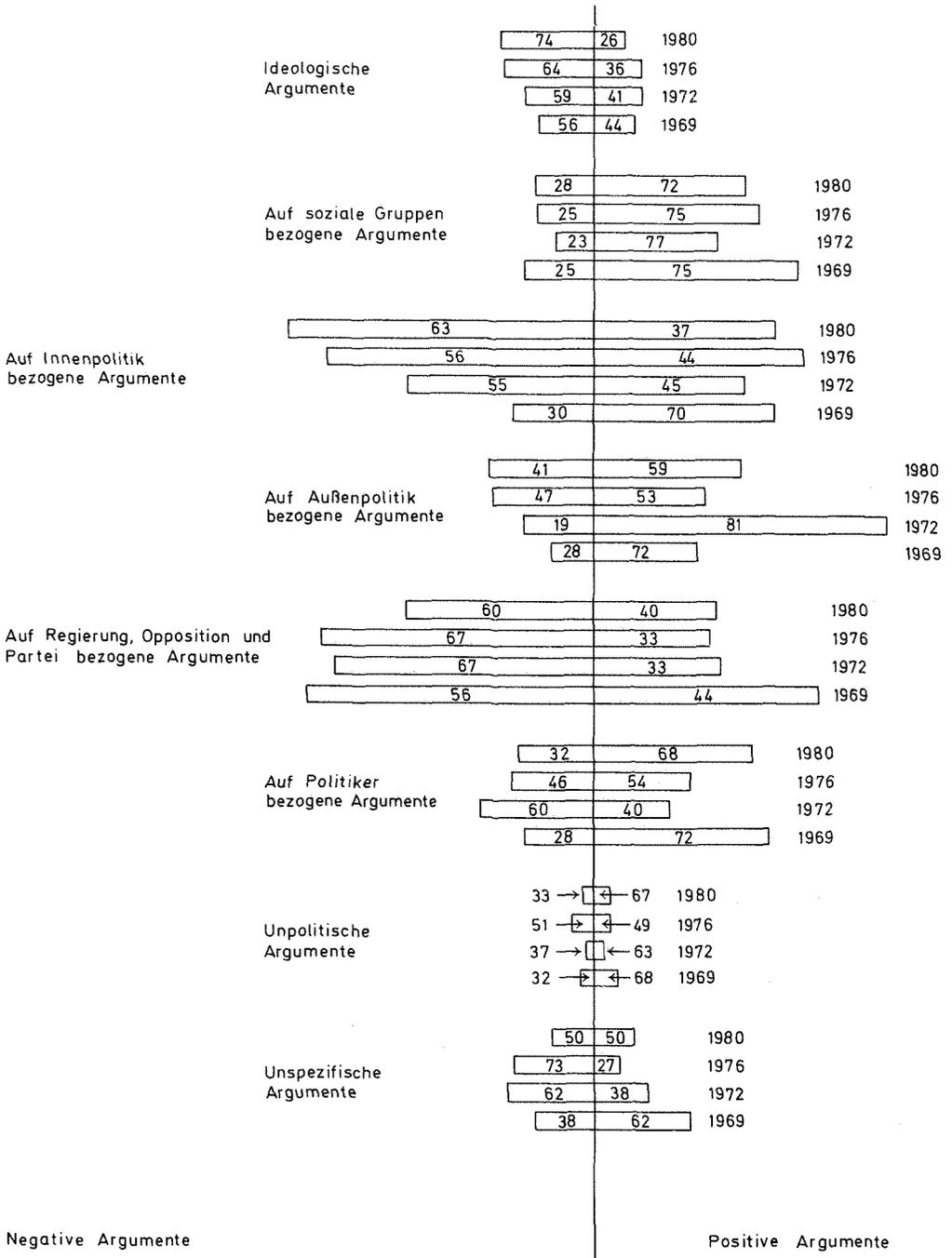
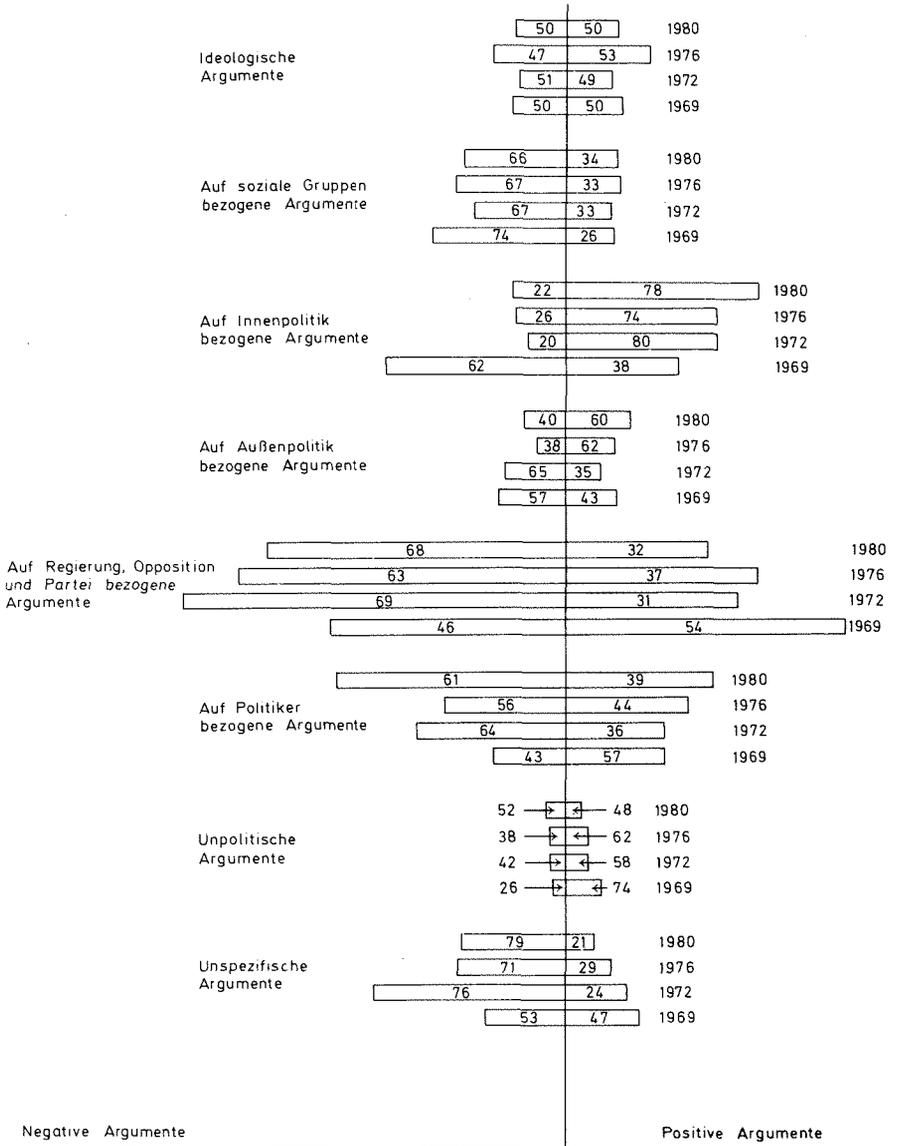


Schaubild 3: Komponenten des Vorstellungsbildes von der CDU in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, 1969–1980



(3) Politische Moral

SPD positiv: „Der Stil, den die SPD gezeigt hat, hat mir persönlich gefallen“ (1969). „Die SPD ist toleranter“ (1972). „Sie führt ein offenes Gespräch mit den Wählern“ (1976). „Der ganze Stil gefällt mir besser“ (1980).

SPD negativ: „Sie halten sich nicht an die Abmachungen“ (1969). „Daß einige Verräter in ihren Reihen waren“ (1972). „Sie verschaukeln uns alle“ (1976). „Die Versprechungen werden nicht gehalten. Diese Diffamierungen“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Ich finde, sie sind sicher und ruhig. Sie haben ein gutes Auftreten“ (1969). „Ihre moralische Grundeinstellung. Menschliche Würde“ (1972). „Sie sagt mehr die Wahrheit als die anderen Parteien“ (1976). „Die Partei geht unbeirrt den Weg, den sie eingeschlagen hat“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Die Ämter und höheren Stellen werden alle gegenseitig verschoben“ (1969). „Daß ihr jedes Mittel recht ist, um an die Macht zu kommen“ (1972). „Ihre Hinterhältigkeit, ihre Beschimpfung der anderen Parteien“ (1976). „Die werfen mit Dreck auf die SPD und die wirft ihn wieder zurück an die CDU“ (1980).

Ein Befragter kann mehrere Argumente des gleichen Typs verwenden. Da die Neigung der Befragten, dies zu tun, unterschiedlich ausgeprägt ist, kann der Anteil einer bestimmten Klasse von Argumenten an den gesamten Argumenten nicht mit dem Prozentsatz der *Befragten* gleichgesetzt werden, die Parteien auf dieser Dimension bewerten. Wir haben diesen Anteil ebenfalls berechnet, um die „issue publics“ zu bestimmen. Um die Richtung der Einstellungen zu den Parteien auch auf der Befragtenebene angeben zu können, haben wir die Differenz zwischen den positiven und den negativen Argumenten der jeweiligen Argumententypen gebildet.

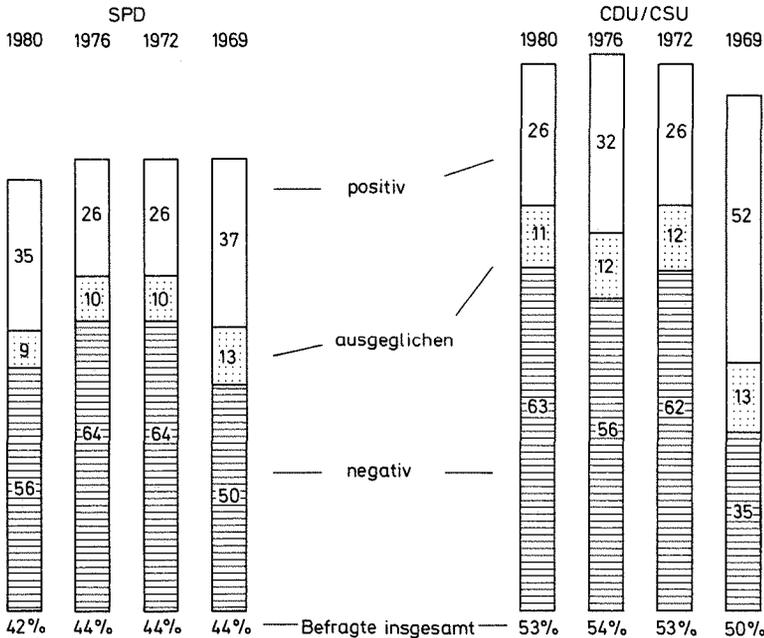
Wie das Schaubild 4 zeigt, bewertet mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung die CDU/CSU unter den Aspekten ihrer generellen Leistungsfähigkeit, dem Zustand ihrer Parteiorganisation, ihrer politischen Moral und ähnlichen Argumenten. Im Falle der SPD sind es jeweils mehr als 40 Prozent. Auch auf der Ebene der Befragten erweist sich, daß seit 1972 bei beiden Parteien das negative Urteil überwiegt. Dies ist, wie eine Inspektion der detaillierten Aufschlüsselung ergibt, in erster Linie auf die Argumente zurückzuführen, die den Zustand der Parteiorganisation und den Stil der politischen Auseinandersetzung beklagen. Mangelnde Solidarität („Zerrissenheit“) und mangelnde Achtung des politischen Gegners („gegenseitige Beschimpfungen“) werden als Defizite der politischen Kultur der Parteiendemokratie in der Bundesrepublik empfunden.

Die *innenpolitischen Argumente* nehmen, vor allem in Hinsicht auf die SPD, den zweiten Rang ein. Ihr Gewicht nimmt zu. Die regierende SPD wird in steigendem Maße kritisiert; die Hoffnungen richten sich auf die oppositionelle CDU/CSU. Dieser Befund spricht für die innere Dynamik bipolarer Parteiensysteme. Wie die folgenden Beispiele zeigen, geht es bei den innenpolitischen Argumenten in erster Linie um Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

(1) Wirtschaftspolitik

SPD positiv: „Sie hat es verstanden, die Wirtschaft richtig florieren zu lassen“ (1969). „Es hat während der Regierung der SPD und FDP mehr Geld in der Lohntüte gegeben“ (1972). „Die wirtschaftliche Position, die wirtschaftliche Sicherheit“ (1976). „Sie versuchen, das Bestmögliche in der Wirtschaftspolitik zu erreichen“ (1980).

Schaubild 4: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder überwiegend negativen Argumenten, die auf Regierung, Opposition oder Partei (Kompetenz, Moral, Organisation) bezogen sind



SPD negativ: „Daß sie die DM aufwerten wollten und die Mitbestimmung durchsetzen wollten. Aber die Arbeiter wollen keine Mitbestimmung, sie wollen mehr Geld“ (1969). „Sie haben die Preise nach oben geschafft, und unser Geld hat an Wert verloren“ (1972). „Daß sie viel versprechen und dann kein Geld dafür haben. Daß Schmidt einst sagte, 5,3 % Arbeitslose seien eine Utopie. Und heute haben wirs“ (1976). „Sie haben es fertiggebracht, den Schuldenberg von ungefähr 42 Milliarden noch zu erhöhen“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Daß sie die wirtschaftliche Lage so gehalten haben“ (1969). „Die Stabilitätspolitik. Die CDU/CSU ist wirtschaftlich stabiler als die SPD“ (1972). „Die Wirtschaft kann Vertrauen zur CDU haben“ (1976). „Sie bemühen sich um wirtschaftliche Stabilität. Sie möchten den Schuldenberg abbauen“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Ihre schlechte Wirtschaftspolitik“ (1969). „Sie haben gezeigt, daß sie während ihrer Regierungszeit die Inflation auch nicht aufhalten konnten“ (1972). „Sie wollen Steuererhöhungen nach der Wahl, und trauen kann man keinem“ (1976). „Sie geben nicht zu, daß sie es auch nicht besser machen können in bezug auf die Staatsschulden“ (1980).

(2) Sozialpolitik

SPD positiv: „Daß sie sich für soziale Belange mehr einsetzen“ (1969). „Daß sie sich für die Rentenreform eingesetzt hat“ (1972). „Das soziale Engagement. Die Leistungen auf dem sozialen Gebiet“ (1976). „Die SPD ist die sozialste Partei“ (1980).

SPD negativ: „Daß sie den Rentnern das Stempelgeld abgezogen haben“ (1969). „Sie kümmert sich kaum um das Soziale, insbesondere den Wohnungsbau, obwohl sie die Arbeiterpartei ist“ (1972). „Daß die SPD für die Rentner und auch die Angestelltenrentner bis 1980 viel Rentenerhöhung versprochen hat. Und jetzt heißt es schon, daß es nächstes Jahr nur 5 Prozent geben wird“ (1976). „Die Rentenpolitik der SPD gefällt mir überhaupt nicht. Wenn ich heute arbeite, möchte ich später auch Rente bekommen. Und bei der SPD bin ich mir nicht so sicher, daß ich sie auch tatsächlich bekomme“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Sie haben uns gut geholfen, mit der Rente und allem“ (1969). „Sie hat die Rentenerhöhung durchgedrückt“ (1972). „Daß sie jetzt versucht, soziale Maßnahmen durchzusetzen“ (1976). „Daß sie die Renten absichern und erhöhen wollen“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Daß sie die Renten nicht aufbessern“ (1969). „Die jetzige Rentenerhöhung als Erfolg der CDU hinzustellen, ist nur Volksverdummung“ (1972). „Sie hätten die Renten schon vor Jahren erhöhen müssen“ (1976). „Sie werden die Sozialleistungen abbauen, wie zum Beispiel bei den Renten“ (1980).

Die übrigen innenpolitischen Argumente beziehen sich auf viele weitere Einzelthemen, unter denen Fragen der inneren Sicherheit und der Bildungspolitik noch von Gewicht sind.

Ebenso wie auf der Ebene der Argumente, so zeigt sich auch auf der Befragtenebene eine wachsende Bedeutung der Innenpolitik für die Beurteilung der beiden Parteien. War es im Falle der SPD im Jahre 1969 nur knapp ein Viertel der Wählerschaft, die auf innenpolitische Argumente zurückgriff, so lag dieser Anteil in den Jahren 1976 und 1980 bei 51 Prozent. Der 1969 deutlich sichtbare Vertrauensvorschuß für die SPD nimmt schon 1972 rapide ab und kann danach nicht wieder zurückgewonnen werden. Seit 1972 nimmt der Anteil der Befragten zu, die per Saldo in Hinsicht auf innenpolitische Probleme zu einem negativen Urteil über die SPD kommen.

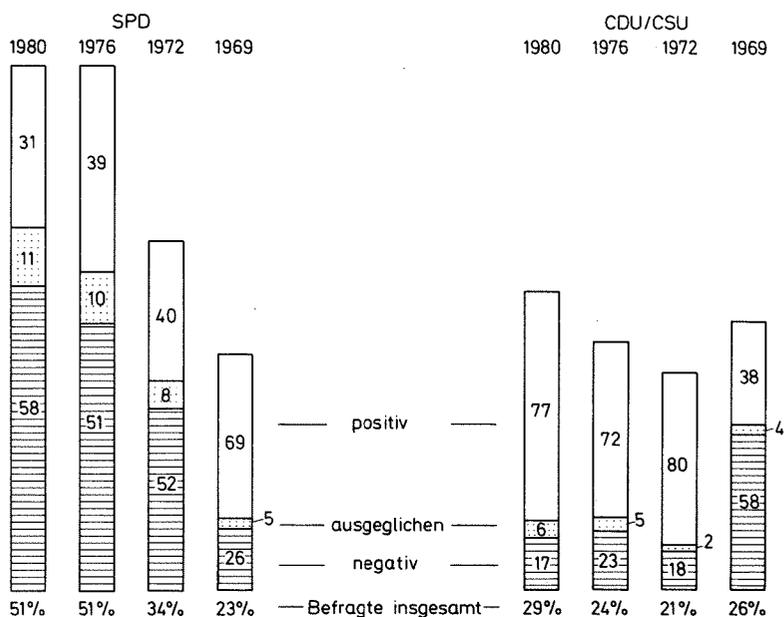
Im Falle der CDU/CSU ist der Anstieg des Anteils der Befragten, die innenpolitische Argumente nennen, weniger ausgeprägt (1972: 21 %, 1980: 29 %). Auch hier ändert sich die Richtung der Bewertung der CDU/CSU von 1969 auf 1972 jedoch schlagartig und bleibt danach in etwa gleich. Das vorher negative Bild nimmt für Dreiviertel der Befragten, die die CDU/CSU mit innenpolitischen Themen in Verbindung bringen, positive Züge an.

Die sich, insbesondere in ökonomischer Hinsicht, verschlechternde innenpolitische Situation wird also in erster Linie der SPD als Regierungspartei angelastet. Anders als bei den Argumenten, die auf die generelle Leistungsfähigkeit, den Zustand der Parteiorganisation oder die politische Moral bezogen waren, sieht man auf dem innenpolitischen Gebiet in der Opposition eine mögliche Alternative.

In der amerikanischen Wahlforschung wird häufig herausgestellt, daß die *Außenpolitik* in „normalen Zeiten“ beim Wähler nur eine vergleichsweise geringe Beachtung findet²². Dies gilt für die Bundesrepublik jedoch nur bedingt. Wird die CDU/CSU bewertet, so ist der Anteil der außenpolitischen Argumente in der Tat nicht besonders hoch. Selbst im Jahre 1972 übersteigt der Prozentsatz 13 Prozent nicht.

22 Vgl. z. B. Warren E. Miller, Voting and Foreign Policy, in: James Rosenau (Hrsg.), *Domestic Sources of Foreign Policy*, New York: The Free Press 1967, S. 213–230.

Schaubild 5: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder negativen innenpolitischen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980



Steht hingegen die SPD zur Diskussion, so nimmt das Gewicht der Außenpolitik zu. Sowohl im Bereich der Innenpolitik als auch im Bereich der Außenpolitik bietet die politikgestaltende Partei in stärkerem Maße Ansatzpunkte für Lob und Tadel. Inhaltlich geht es bei der Außenpolitik – und das gilt für beide Parteien – in erster Linie um die *Ost- und Deutschlandpolitik*. Dies ist vor dem Hintergrund der deutschen Teilung mehr als plausibel. Im Wahljahr 1972 überflügelt dieses Thema sogar das Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik – zum Schaden der CDU/CSU. Die Bekanntgabe des Abschlusses der Verhandlungen über den Grundsatzvertrag mit der DDR in der letzten Phase des Wahlkampfes 1972 hat sicherlich dazu beigetragen. Die folgenden Beispiele kennzeichnen den Tenor der Argumentation:

SPD positiv: „Die SPD hat mehr Initiative in bezug auf die Außenpolitik bewiesen. Sie gehen mitunter auch mal ein Risiko ein. Sie versuchen den Kontakt mit den östlichen Nachbarn zu knüpfen und zu vertiefen“ (1969). „Die SPD versucht mit dem Osten einen Ausgleich zu schaffen und menschliche Erleichterungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu schaffen“ (1972). „Die Partei hat während der Regierungsperiode die Beziehungen zu den Ostblockstaaten wesentlich verbessert“ (1976). „Sie halten gute Beziehungen zum Ostblock“ (1980).

SPD negativ: „Sie sind bereit, dem Osten gegenüber große Zugeständnisse zu machen“ (1969). „Daß sie den deutschen Osten verschleudert hat“ (1972). „Sie sind dem Osten gegenüber nicht hart genug. Ich meine, sie geben zuviel nach“ (1976). „Sie kuschen zuviel vor dem Ostblock“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Vor allen Dingen wollen sie kein deutsches Land aufgeben. Sie wollen keine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie“ (1969). „Die verkaufen uns nicht an den Russen“ (1972). „Sie ist bereit, der DDR gegenüber einen härteren Kurs einzuschlagen“ (1976). „Daß sie dem Osten, vor allem der DDR, nicht soviel Geld geben ohne Gegenleistung“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Das Festhalten an der Politik des sogenannten Kalten Krieges“ (1969). „Ihre starre Haltung in der Ostpolitik“ (1972). „Daß sie gegen die Polenverträge sind und waren“ (1976). „Sie hat sich nie bemüht, die Ostverbindungen zu intensivieren“ (1980).

Betrachtet man den Bewertungsaspekt, so ist eine gewisse Ernüchterung in Sachen Außenpolitik, vor allem der Ost- und Deutschlandpolitik, nicht zu übersehen. 1972 war die Ausnahme, nicht die Regel. Dennoch haben beide Parteien ihre Klientel. Zumindest in den Wahljahren 1976 und 1980 überwiegt bei den jeweiligen „issue publics“ ein positives Urteil. Insgesamt muß aber festgestellt werden, daß, wie 1972 im Bereich der Innenpolitik, die SPD 1976 auch im Bereich der Außenpolitik in den Augen der Wähler an Attraktivität verloren hat.

Die bisher beschriebenen Klassen der Argumentation sind, das belegen die Antworten deutlich, in starkem Maße auf die jeweilige politische Situation, und, entweder generell oder spezifisch, auf die vermuteten Fähigkeiten der Parteien gerichtet, mit den jeweils anstehenden politischen Problemen fertig zu werden. Die Politikziele werden weitgehend geteilt, die Kompetenz oder der Weg zu diesen Zielen ist umstritten. Wir haben es, wenn man Teile der Ost- und Deutschlandpolitik ausnimmt, zuallererst mit „valence issues“ zu tun²³.

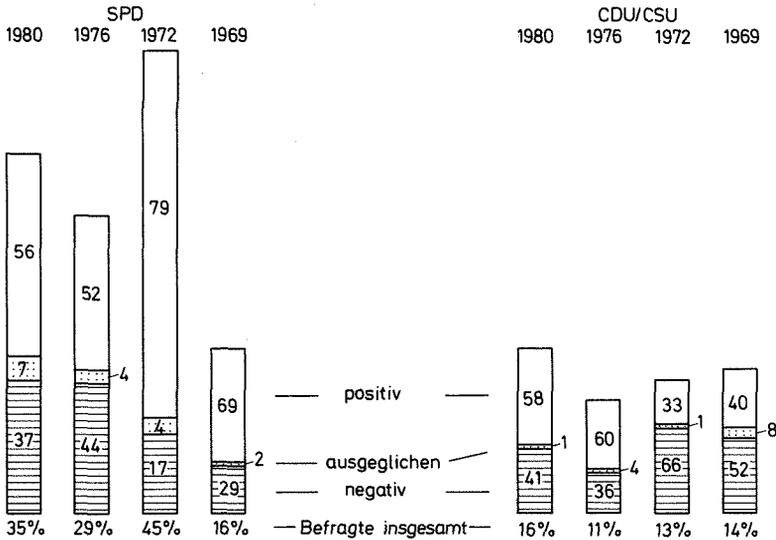
Das ändert sich, wenn gruppenbezogene oder ideologische Argumente zur Beurteilung der Parteien verwendet werden. Dann kristallisieren sich inhaltlich gegensätzliche Zielvorstellungen der beiden Parteien in weit stärkerem Maße heraus, die unterschiedlichen Positionen kommen deutlicher zum Vorschein. In dem von uns beobachteten Zeitraum sind die positionsbezogen urteilenden Wähler in der Minderheit. Dies überrascht deshalb nicht, weil diese Argumentationsweise ein größeres Maß an Reflexionen über die grundsätzlichen Konfliktlinien der Politik voraussetzt.

Trotz dieser Einschränkungen ist die von den Befragten wahrgenommene Beziehung der politischen Parteien zu bestimmten *sozialen Gruppen* ein wichtiges Kriterium für ihre Beurteilung. Abgesehen vom Jahre 1972, als die außenpolitischen Image-Elemente eine außergewöhnlich große Rolle spielten, wurde die SPD von etwa 30 Prozent und die CDU/CSU von etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten durch gruppenbezogene Argumente bewertet.

Die Art der genannten Gruppen ist vielfältig: Frauen, Kinder, Jugendliche, Alte und Rentner, um nur einige zu nennen. In erster Linie spiegelt sich in solchen Antworten jedoch der *Klassenkonflikt* wider, wird auf die dauerhaften Koalitionen der SPD mit der Arbeiterschaft und der CDU/CSU mit dem Mittelstand verwiesen. Dies gilt für alle Zeitpunkte im Verlauf der Untersuchung; es entspricht unserem Vorverständnis und der historischen Entwicklung. Vom Konflikt zwischen den Konfessionen ist auf dieser Einstellungsebene bei der Beurteilung der SPD fast gar nicht, bei der CDU/CSU nur wenig die Rede. Dieser Befund wirft Fragen auf, die das Verhält-

23 Vgl. Butler/Stokes, *Political Change*, (Anm. 2), S. 174.

Schaubild 6: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder negativen außenpolitischen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980



nis zwischen Einstellungs- und Sozialstrukturanalyse betreffen, denen wir an dieser Stelle aber nicht nachgehen wollen. Typisch sind die folgenden Argumentationsweisen:

SPD positiv: „Die SPD ist eine Arbeiterpartei. Ich selbst bin Arbeiter. Meine Interessen glaube ich bei der SPD am besten vertreten“ (1969). „Die SPD sorgt für den Arbeiter“ (1972). „Die SPD tut was für die Arbeiter. Soziale Einrichtungen, 36-Stunden-Woche, mehr Beschäftigung“ (1976). „Die SPD setzt sich für die Arbeiter ein“ (1980).

SPD negativ: „Daß sie in den letzten Jahren den kleinen Mann und den Arbeiter im Stich gelassen hat“ (1969). „Die SPD ist ja eigentlich die Arbeiterpartei. Aber was tut sie schon für den Arbeiter?“ (1972). „Sie war früher eine Arbeiterpartei. Sie ist es heute aber leider nicht mehr“ (1976). „Sie spielt sich als Arbeiterpartei auf“ (1980).

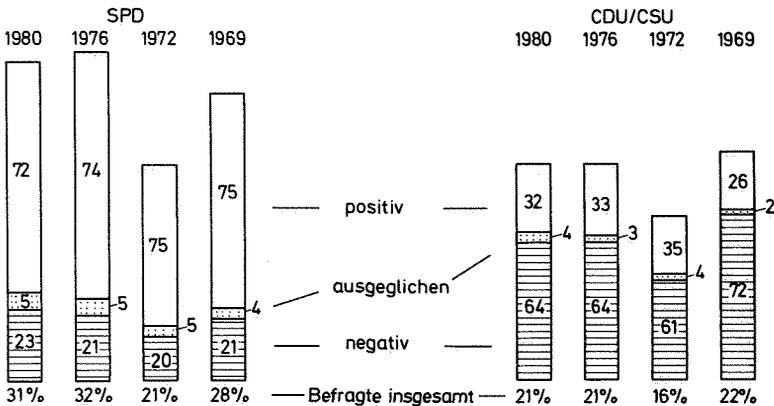
CDU/CSU positiv: „Sie ist eine Partei der Mittelklasse und so die Partei des Durchschnittsbürgers. Da ich ein Durchschnittsbürger bin, sagt mir die CDU/CSU am ehesten zu“ (1969). „Daß sie die Interessen des Bürgertums vertritt und die Alternative zur Arbeiterpartei ist, indem sie den Arbeitgeber vertritt“ (1972). „Mir gefällt die Richtung der Partei. Sie setzt sich mehr für die Selbständigen und die Unternehmer ein“ (1976). „Sie ist kirchenfreundlich. Sie setzt sich für die Probleme der Mittelschicht ein“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Sie ist zu sehr für den Mittelstand und die Selbständigen. Die kleinen Leute haben bei der CDU verspielt“ (1969). „Sie ist nur für die großen Geldleute da“ (1972). „Sie ist eine Partei der Unternehmer und Ausbeuter“ (1976). „Sie ist nur für die Reichen da. Sie ist eine Arbeiterpartei“ (1980).

Die Konsequenz einer Beurteilung durch gruppenbezogene Argumente ist für die SPD und die CDU/CSU sehr unterschiedlich. Während mehr als 70 Prozent der Befragten, die ein gruppenbezogenes Argument im Zusammenhang mit der SPD wählten, zu einer positiven Bewertung der Partei kamen, lag dieser Anteil im Falle der CDU/CSU nur bei etwas über 30 Prozent. Der Einsatz für die Interessen der ökonomisch und gesellschaftlich Schwächeren, insbesondere aber für die Arbeiterschaft, wird als positiv, die Vertretung der Interessen der ökonomisch und gesellschaftlich Stärkeren als überwiegend negativ empfunden. Darin hat sich im Beobachtungszeitraum kaum etwas geändert. Diese historisch gewachsenen Überzeugungen gehören zu den stabilen Elementen in den Bildern, die sich die Bevölkerung von den beiden politischen Parteien gebildet hat²⁴.

Der Anteil *ideologischer Argumente* an den gesamten Argumenten überschreitet zu keinem Zeitpunkt die 10-Prozent-Marke. Ihr Bewertungsgehalt ist, insbesondere für die SPD, überwiegend negativ. Nach diesem Befund kann von einer übermäßigen ideologischen Affinität der deutschen Wählerschaft insgesamt kaum die Rede sein. Die ideologischen Argumente betonen den „linken“ oder den „fortschrittlichen“ Charakter der SPD einerseits und die „konservative“ oder „christliche“ Ausrichtung der CDU/CSU andererseits. Wie die folgenden Beispiele zeigen, stehen die Attribute „links“ und „konservativ“ für eine eher negative, die Merkmale „fortschrittlich“ und „christlich“ für eine eher positive Bewertung.

Schaubild 7: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder überwiegend negativen gruppenbezogenen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980



24 Vgl. Dieter Noetzel/Manfred Rabeneick, Parteien als Vertreter von Interessen, in: *Die politische Meinung*, Sonderheft, April 1974, S. 78–108.

SPD positiv: „Mir gefällt ganz besonders, daß die SPD eine moderne und fortschrittliche Partei ist“ (1969). „Sie ist reformfreudig“ (1972). „Sie hat Mut zur Reform. Sie ist eine Fortschrittspartei“ (1976). „Sie vertritt teilweise fortschrittliche Positionen. Mir gefällt das Regierungsprogramm“ (1980).

SPD negativ: „Sie stellt eine marxistische Partei dar. Sie ist mit dem radikalen Kommunismus eng verwandt. In ihrer Mitte befinden sich nur Kommunisten. Deshalb ist sie für unser Volk nicht tragbar. Sie hat nur ideologische Motive“ (1969). „Mir mißfällt ihre linke Haltung in allen Belangen“ (1972). „Sie läßt den linksgerichteten Kräften zuviel freien Lauf“ (1976). „Sie reden zuviel vom Sozialismus. Ich fürchte, die würden gern alles verstaatlichen“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Sie ist gut konservativ und christlich eingestellt“ (1969). „Sie hat ein klares Konzept gegen den Sozialismus“ (1972). „Ist eine christliche Partei. Sie setzt sich für die Kirche ein und sorgt für Zucht und Ordnung. Entspricht meiner christlichen Erziehung“ (1976). „Manchmal ist konservativ ganz gut. Die CDU ist eine christliche Partei“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Zu kapitalistisch. Sie glaubt auch, daß sie aufgrund ihrer Christlichkeit an der Spitze der Regierung stehen müßte“ (1969). „Ist zu konservativ“ (1972). „Mir mißfällt die konservative Grundhaltung, die konservative Einstellung fast der gesamten Führung. Hat die Grundeinstellung der Industrie; sie vergessen die einfachen Leute“ (1976). „Sie ist zu reaktionär, zu rechtslastig. Sie sind nicht so christlich, wie sie tun“ (1980).

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist der Anteil der Befragten, die ideologische Argumente verwenden, leicht angestiegen; er lag bei etwa einem Fünftel der Wahlberechtigten. Angestiegen ist aber vor allem die überwiegend negative Beurteilung der SPD im ideologischen Bereich. Fortschritt und Reform haben in den Augen der Wähler offenbar nicht gehalten, was man sich davon versprochen haben mochte.

Die Bevölkerung betrachtet das *politische Personal* im gesamten Beobachtungszeitraum als ein wichtiges Beurteilungskriterium für die Parteien. Das gilt besonders für die CDU/CSU. Dabei hat sich der Anteil der auf die Politiker bezogenen Argumente bei der CDU/CSU von 1969 bis 1980 mehr als verdoppelt; das Gleiche gilt für den Anteil der Befragten, die personenbezogene Argumente vorbringen.

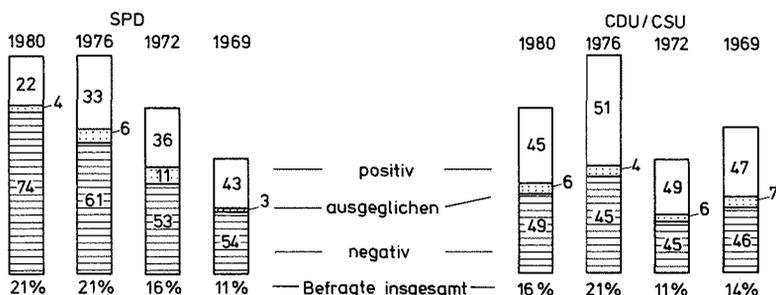
Auf Politiker wird in der Regel auf dreierlei Weise verwiesen: (1) Man äußert sich ganz *allgemein* über das politische *Führungspersonal*, (2) man nennt bestimmte *Politiker namentlich*, oder (3) man spricht über die *Kanzlerkandidaten*. Im Gegensatz zu unseren Erwartungen standen die Kanzlerkandidaten der Parteien von 1969 bis 1976 dabei eher im Hintergrund. Die Qualität des Führungspersonals, allgemein betrachtet oder namentlich angeführt, ist der Hauptbezugspunkt. So profitierte die SPD im Jahre 1969 von ihrer Ministerriege, während sie vier Jahre später unter dem Problem der „Überläufer“ zu leiden hatte. In den Antworten liest sich das so:

(1) *Führungspersonal allgemein*

SPD positiv: „Sie hat Männer, die sehr intelligent sind“ (1969). „Sie hat die richtigen Männer am richtigen Platz“ (1972). „Sie hat gute Politiker“ (1976). „Sie haben gute Politiker in den oberen Reihen“ (1980).

SPD negativ: „Sie müssen auf ihre kleinen Bonzen aufpassen“ (1969). „Das ständige Wechseln der Bundesminister und Staatssekretäre von 1969 bis 1972“ (1972). „Daß die gewählten Abgeordneten sehr schnell die Bindung nach unten verlieren“ (1976). „Mir gefallen die Politiker der SPD nicht. Sie versprechen viel, was sie nicht einhalten“ (1980).

Schaubild 8: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder überwiegend negativen ideologischen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980



CDU/CSU positiv: „Sie hat gute und erfahrene Politiker“ (1969). „An der CDU gefallen mir die Ehrlichkeit und die Persönlichkeiten der Politiker“ (1972). „Sie hat gute und bekannte Leute, die eine überlegte Politik machen“ (1976). „Haben einige gute Leute. Ich hoffe, daß die Herren auch mal zeigen können, was sie können“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Einzelne Personen gefallen mir nicht so“ (1969). „Sie ist mir mit ihren Männern zu überheblich“ (1972). „Das sind alles Lumpen“ (1976). „Mir gefallen die Persönlichkeiten in der Führungsspitze nicht“ (1980).

(2) Politiker namentlich

SPD positiv: „Carlo Schmidt ist ein ehrliches Mannsbild“ (1969). „Carlo Schmidt ist noch einigermaßen in Ordnung“ (1972). „Sie hat mit Schmidt und Brandt sehr gute Politiker“ (1976). „Mir gefallen die Minister Ben Wisch, Apel, Matthöfer und Hauff“ (1980).

SPD negativ: „Vor allem der Brandt und der Wehner sind unmöglich“ (1969). „Wehner und seine Freunde“ (1972). „Brandt und Wehner gefallen mir nicht“ (1976). „Mir gefallen die Herren Wehner, Brandt und Bahr nicht“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Ich schätze Strauß sehr gut ein, weil mir seine politischen Ansichten gefallen“ (1969). „Sie hat intelligente Führungspersönlichkeiten: Strauß, Barzel, Schröder, Stoltenberg, Kohl und von Hassel“ (1972). „Mir gefallen eine Reihe von Politikern der CDU/CSU: Strauß, Stoltenberg, Albrecht, Biedenkopf“ (1976). „Stoltenberg ist ein erfahrener Politiker“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Strauß und Kiesinger gefallen mir nicht so gut“ (1969). „Zu weites Vordringen von Katzer“ (1972). „Der Strauß, den kann ich gar nicht sehen. Der nimmt die Schnauze immer so voll“ (1976). „Strauß, Kohl und Carstens verkaufen uns kleinen Leute“ (1980).

(3) Kanzler und Kanzlerkandidaten

SPD positiv: „Mit Willy Brandt ist die SPD jetzt die beste Partei in Deutschland“ (1972). „Die führende und beeindruckendste Person ist Willy Brandt“ (1972). „Momentan gefällt mir nur Kanzler Schmidt“ (1976). „Der jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt ist sehr sachlich und ruhig“ (1980).

SPD negativ: „Brandt war während des Krieges gegen Deutschland“ (1969). „Brandt gefällt mir nicht. Den kann ich nicht ausstehen“ (1972). „Der Bundeskanzler gefällt mir nicht“ (1976). „Schmidt hat zuviel Schulden gemacht“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Unter Kiesinger stellt die CDU etwas vor“ (1969). „Ich wäre froh, wenn Barzel die Regierung übernimmt“ (1972). „Sie hat die besten Leute, insbesondere Helmut Kohl“ (1976). „Mir gefällt Strauß. Er kann gut wirtschaften. Als er Finanzminister war, lief die Karre besser, und es ging uns auch besser, weil der Mann Köpfchen hat. Als ob er den Frieden gefährden würde, solch ein Blödsinn“ (1980).

CDU/CSU negativ: „Kiesinger gefällt mir nicht als Person“ (1969). „Barzel gefällt mir nicht, er ist aalglatt“ (1972). „Der Kohl paßt mir nicht“ (1976). „Strauß gefällt mir nicht. Und damit ist die Sache für mich auch schon erledigt“ (1980).

Gemessen an ihrem relativen Gewicht, treten die auf den Kanzler oder den Kanzlerkandidaten bezogenen Argumente bei beiden Parteien erst im Wahljahr 1980 deutlich in den Vordergrund. Hier beherrschen die Kommentare zu Schmidt und Strauß eindeutig das Feld.

Betrachtet man die gesamten auf Politiker bezogenen Argumente unter dem Bewertungsaspekt, dann zeigt sich für die CDU/CSU, daß die Befragten, die die Partei unter diesem Blickwinkel sehen, seit 1972 zu einem überwiegend negativen Urteil kommen. Für die SPD ist dieses Bild, sieht man von 1972 ab („Überläufer“), ausgewogener; im Jahre 1980 ist es ausgesprochen positiv. Dies ist in erster Linie der Bewertung der Kanzlerkandidaten zuzuschreiben. Wird Schmidt für die Beurteilung der SPD herangezogen, so hat dies in 85 von 100 Fällen ein positives Urteil zur Folge. Wird dagegen Strauß im Zusammenhang mit der Bewertung der CDU/CSU erwähnt, so fällt dieses Urteil in 76 von 100 Fällen negativ aus. Es ist keine Frage, daß die 1980 von der SPD angebotene personelle Alternative in den Augen der Wählerschaft die größeren Vorteile besaß.

Die bisher diskutierten Argumente richteten sich, wenn auch in einer teilweise recht unterschiedlichen Differenziertheit, auf *politisch relevante Aspekte* der politischen Parteien: auf die generelle oder spezifische Sachkompetenz, die Organisation, Ideologie, Gruppenbindung oder ihre Politiker.

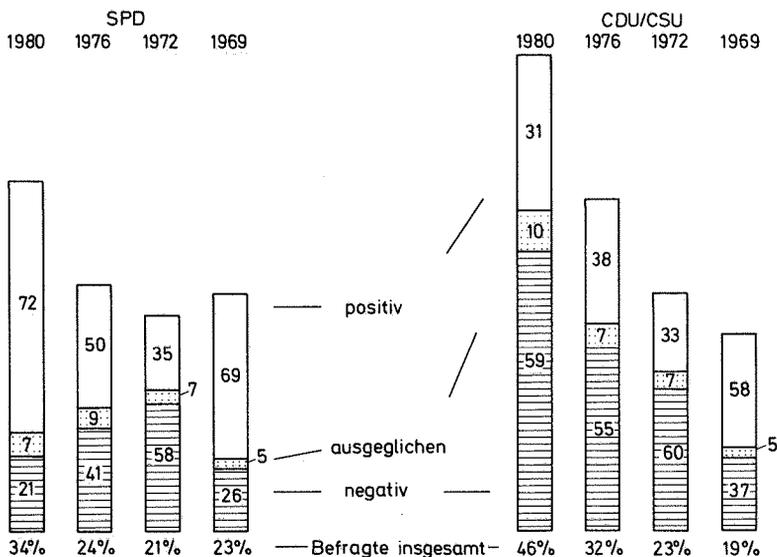
Bei einer kleinen Anzahl von Argumenten fehlt allerdings jeder politische Bezug. Die Partei gefällt oder gefällt nicht, weil das schon immer so war (unreflektierte Parteiidentifikation) oder weil das, was nun einmal zum Geschäft des Politikers gehört, als Privatvergnügen aufgefaßt wird. Beispiele für solche *unpolitischen Argumente* sind beispielsweise:

SPD positiv: „Meine Kinder wählen SPD, deshalb wähle ich sie auch“ (1969). „Sie ist die Partei, die einem in die Wiege gelegt wurde“ (1972). „Bin von Geburt SPD“ (1976). „Schmidt ist ein schöner Mann“ (1980).

SPD negativ: „Es gefällt mir gar nichts. Die Partei ist mir einfach unsympathisch; ich weiß nicht einmal warum“ (1969). „Der Wehner mit der Pfeife, das ist so ein ganz gewöhnlicher Typ“ (1972). „Die vielen Reisen der Regierungsmitglieder“ (1976). „Wehner mit seinem schiefen Maul; Brandt mit seiner Scheidung“ (1980).

CDU/CSU positiv: „Das elegante Auftreten von Kiesinger“ (1969). „Ich war schon immer für die CDU und halte sie eben für gut“ (1972). „Meine Sympathie für die CDU hängt mit meinem Elternhaus zusammen und mit der Einstellung hier im Ort“ (1976). „Kommen unserer früheren Erziehung näher. Sie sind nicht so rabaukenhaft“ (1980).

Schaubild 9: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder überwiegend negativen auf Politiker bezogenen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980

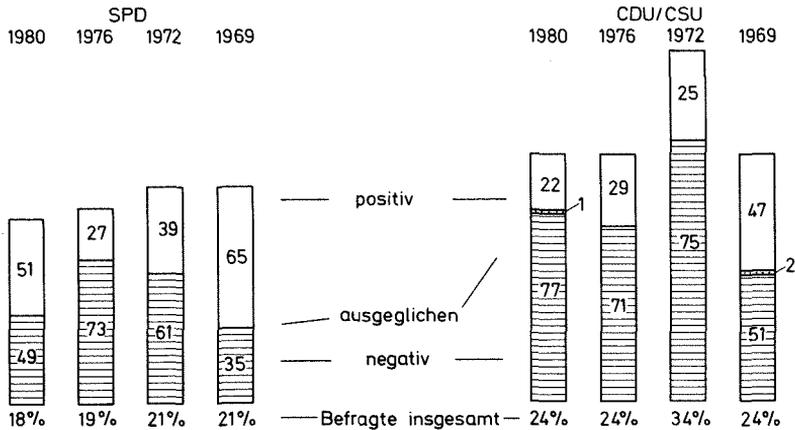


CDU/CSU negativ: „Die CDU tut sehr viel reisen. Der Lübke ist immer gereist mit seiner Frau. Da sieht man, wo das Geld hinkommt. Die Wilhelmine war immer dabei“ (1969). „Die vielen Reisen, welche die einzelnen Herren machen“ (1972). „Die Großkotzigkeit“ (1976). „Die sexuellen Ausschweifungen auf Parteitagen und auf Auslandsreisen. Ich meine die Spitzenpolitiker“ (1980).

Die relativ wenigen unpolitischen Argumente betreffen im Durchschnitt eher positiv empfundene Sachverhalte. Insgesamt fallen sie jedoch weder bei der SPD noch bei der CDU/CSU ins Gewicht. Daß dies so ist, spricht für die Befragten. Auch die unpolitisch argumentierenden Befragten weisen auf spezifische Attribute hin. Dies gilt für die letzte von uns unterschiedene Klasse von Argumenten nicht. Bei den un-spezifischen Argumenten ist der Grad des emotionalen Engagements so groß, daß entweder eine kategorische Zustimmung oder eine völlige Ablehnung zu Protokoll gegeben wird. Die Antwort lautet: „Mir gefällt alles. Es gibt nichts, was mir an der Partei nicht gefällt.“ oder: „Mir gefällt nichts. Mir gefällt alles nicht an dieser Partei.“

Der relative Anteil solcher Argumente an den gesamten Argumenten beträgt im Falle der SPD zwischen 5 Prozent und 9 Prozent, im Falle der CDU/CSU zwischen 8 Prozent und 16 Prozent. Etwa ein Viertel der Wähler beurteilt die CDU/CSU, etwa ein Fünftel die SPD auf diese Weise. Schaubild 10 zeigt, daß auf diese Weise eher negative als positive Einstellungen ausgedrückt werden.

Schaubild 10: Anteil der Befragten mit überwiegend positiven, ausgeglichenen oder überwiegend negativen unspezifischen Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980



Wir haben in diesem Abschnitt acht inhaltlich verschiedene Bereiche der Einstellungen zu den politischen Parteien beschrieben. Die zitierten Antworten der Befragten sollten dazu dienen, den typischen Bedeutungsgehalt in qualitativer Weise zu illustrieren. Wir haben damit die Vorstellung der Einstellungstypen abgeschlossen, die in der weiteren Analyse verwendet werden. Daß sich diese Einstellungen hinsichtlich der beiden diskutierten Parteien unterscheiden und im Zeitverlauf ändern, kann als der charakteristische Eindruck festgehalten werden, der sich aus der Deskription ergibt.

3. Einstellungen zu den politischen Parteien, Wahlabsicht und Wahlergebnis

Der zweite Teil der Analyse gilt den Beziehungen zwischen den Einstellungen zu den politischen Parteien, der Wahlabsicht und dem Wahlergebnis.

Bei dieser Analyse wird angenommen, daß aus den von den Befragten vorgebrachten Argumenten auf Richtung und Intensität der parteibezogenen Einstellungen geschlossen werden kann. Diese Annahme soll zunächst überprüft werden. Zu diesem Zweck wird ein entsprechender Indikator wie folgt gebildet: Die für die SPD positiven und für die CDU/CSU negativen Argumente werden addiert und von den für die SPD negativen und die CDU/CSU positiven Argumenten subtrahiert. Ein positiver Saldo sollte danach eine SPD-Präferenz, ein negativer Saldo eine CDU/CSU-Präferenz indizieren. Der Wert Null bedeutet, daß sich die Einstellungen, die in die Richtung der SPD oder CDU/CSU ziehen, die Waage halten. Je stärker der Saldo eine der beiden Parteien begünstigt, um so ausgeprägter sollte also die Absicht sein, die entsprechende Partei auch bei Wahlen zu bevorzugen.

In Schaubild 11 ist dargestellt, wie sich der generelle Indikator für Richtung und Intensität der Einstellungen zur Wahlabsicht der Befragten verhält. Die Ausgangshypothese wird bestätigt. Je mehr Argumente per Saldo für eine der beiden Parteien sprechen, um so wahrscheinlicher ist die entsprechende Wahlabsicht. Festzuhalten ist auch, daß die Befragten, die weder die SPD noch die CDU/CSU wählen wollen, vornehmlich am Nullpunkt angesiedelt sind. Ihr Anteil ist hier, zu allen Beobachtungszeitpunkten, am höchsten. Es spricht also vieles dafür, daß Parteipräferenz gebildet wird, indem Argumente abgewogen werden und sie damit neben der affektiven und konativen Komponente kognitive Elemente beinhaltet. Wir meinen, daß diese kognitiven Elemente in der bisherigen Forschung vernachlässigt wurden.

Im ersten Teil der Untersuchung wurden acht Einstellungsbereiche herausgearbeitet. Unser Interesse gilt nun der Frage, welchen Beitrag die Argumente der verschiedenen Einstellungsbereiche leisten, die Wahlabsicht der Befragten zu erklären. Für jeden der acht Einstellungsbereiche wird zunächst eine zusammenfassende Variable gebildet, wie wir es für den generellen Indikator beschrieben haben. Die Mittelwerte dieser Variablen zeigen, wie das nach den im ersten Teil dargestellten Ergebnissen auch zu erwarten war, für den gesamten Beobachtungszeitraum Vorteile für die SPD hinsichtlich der gruppenbezogenen, der auf Politiker bezogenen und der unspezifischen Argumente. Für die CDU/CSU ergibt sich ein durchgängig positiver Saldo nur für die ideologischen Argumente, beginnend mit dem Jahre 1972 dann auch für die innenpolitischen Argumente. Bei den übrigen Argumententypen ändert sich die Situation im Zeitverlauf.

Vorausgesagt werden soll die Wahlabsicht für die SPD oder die CDU/CSU. Die Stärkeverhältnisse dieser Parteien werden in den Umfragen der Jahre 1969 und 1976 angemessen wiedergegeben. Dies gilt für die Wahljahre 1972 und 1980 nicht in gleicher Weise. In beiden Fällen wird die SPD, verglichen mit dem tatsächlichen Wahlergebnis, über-, die CDU/CSU entsprechend unterschätzt.

Die Beschränkung der Analyse auf die beiden von uns in diesem Beitrag diskutierten Parteien bedeutet, daß zu allen vier Zeitpunkten etwa ein Viertel der Befragten von den folgenden Berechnungen ausgeschlossen wird.

Methodisch bestimmen wir den relativen Beitrag der verschiedenen Einstellungsdimensionen mit Hilfe einer multiplen Regression²⁵. Die acht Einstellungsvariablen „erklären“ einen für Umfragedaten nicht unbeträchtlichen Teil der Varianz der abhängigen Variablen: Der Anteil steigt von 32 Prozent im Jahre 1969 bis auf 56 Prozent im Jahre 1980. Übertragen auf die Logik der Diskriminanzanalyse bedeutet dies, daß zwischen 76 Prozent (1969) und 88 Prozent (1980) der Befragten „richtig“ klassifiziert werden können²⁶.

Nicht unerwartet leisten die unspezifischen Argumente einen hohen, die unpolitischen dagegen einen sehr niedrigen Beitrag. Die kategorische Bewertung nach der

25 Die verschiedenen methodischen Probleme, die mit der Verwendung einer dichotomen abhängigen Variablen in der Regression verbunden sind, haben wir in einem früheren Artikel diskutiert. Vgl. Klingemann/Taylor, *Affektive Parteiorientierung* (Anm. 11).

26 Zur Methode der Diskriminanzanalyse vgl. z. B.: William R. Klecka, *Discriminant Analysis*, Beverly Hills, Ca.: Sage 1980.

Schaubild 11: Einstellungen zu SPD und CDU/CSU und Wahlabsicht

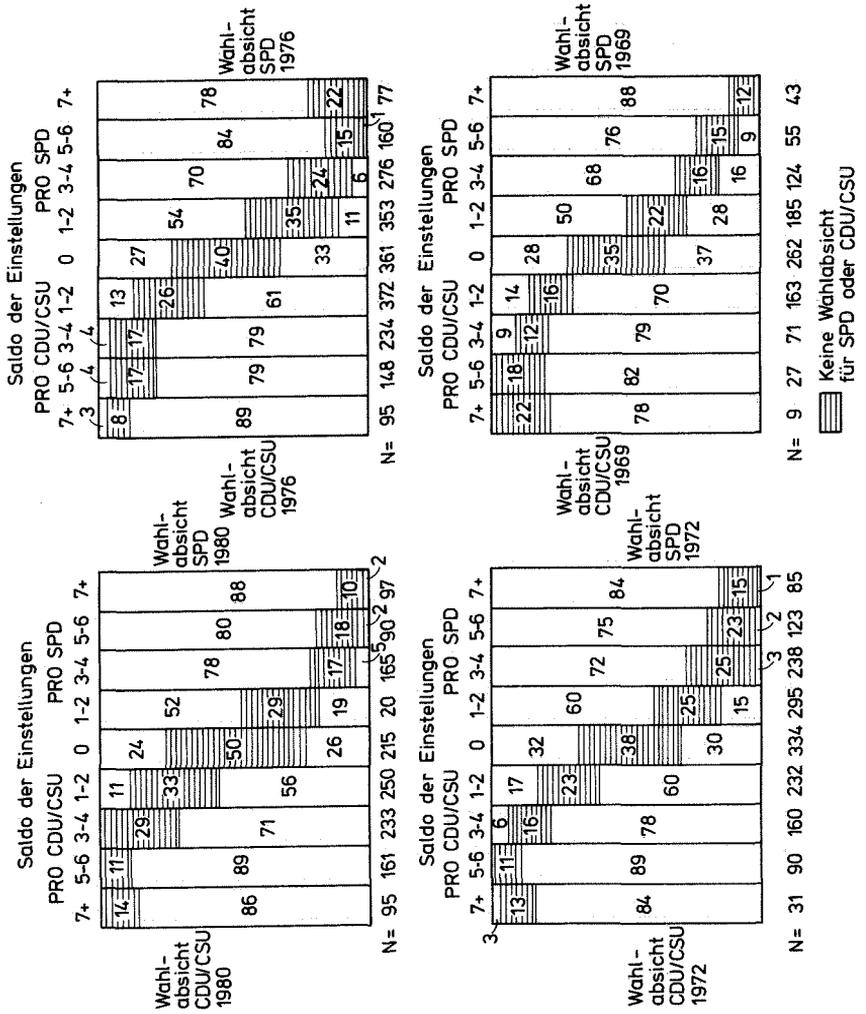


Tabelle 1: Wahlabsicht und Wahlergebnis für SPD und CDU/CSU in den Bundestagswahlen von 1969 bis 1980

Partei	1980		1976		1972		1969	
	Wahlabsicht	Wahlergebnis	Wahlabsicht	Wahlergebnis	Wahlabsicht	Wahlergebnis	Wahlabsicht	Wahlergebnis
SPD	57	49	48	47	56	50	49	48
CDU/CSU	43	51	52	53	44	50	51	52
N	1 115 = 73 %		1 531 = 74 %		1 192 = 75 %		731 = 78 %	

Art: „Alles gefällt“ oder „Nichts gefällt“, ist eindeutig; das Mißvergnügen an den Reisen der Politiker hingegen oder ähnliche unpolitische Argumente sind kaum geeignet, die Wahlabsicht entscheidend zu beeinflussen.

Die gruppenbezogenen und die auf die Regierung, Opposition oder Partei bezogenen Argumente erweisen sich zu allen vier Zeitpunkten als gewichtige Prädiktoren. Die Bedeutung der innen- und außenpolitischen Argumente für die Bestimmung der Wahlabsicht wächst im Zeitverlauf an. Insgesamt sind die Unterschiede in der Größenordnung der Koeffizienten nicht besonders stark ausgeprägt. Sie tragen alle signifikant dazu bei, die Wahlabsicht vorauszusagen.

Die Stärke der Beziehungen der Einstellungsvariablen zur individuellen Wahlabsicht sagt noch nichts darüber aus, inwieweit bestimmte Einstellungskonstellationen in der Wählerschaft das Wahlergebnis insgesamt beeinflussen. Dies ergibt sich aus

Tabelle 2: Der relative Beitrag der Einstellungskomponenten zur Vorhersage der Wahlabsicht (Regressionsanalyse)

Typ des Arguments	1980		1976		1972		1969	
	b	beta	b	beta	b	beta	b	beta
Ideologische Argumente	.073	.135	.099	.178	.092	.116	.074	.109
Gruppenbezogene Argumente	.092	.218	.101	.213	.109	.189	.101	.207
Innenpolitische Argumente	.055	.198	.066	.188	.049	.118	.052	.133
Außenpolitische Argumente	.078	.196	.064	.116	.067	.144	.075	.126
Argumente, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind	.071	.221	.065	.194	.088	.247	.064	.186
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	.060	.176	.035	.074	.024	.046	.064	.130
Unpolitische Argumente	.148	.117	.133	.110	.126	.083	.133	.098
Unspezifische Argumente	.131	.217	.151	.259	.157	.310	.140	.226
Constant	.524		.488		.498		.423	
R ²	.56		.50		.48		.32	
N	1 115		1 531		1 192		731	

folgender Überlegung: Eine starke Beziehung einer Einstellungsdimension zur individuellen Wahlabsicht kann dann nichts zur Erklärung der Veränderung von Parteistärken beitragen, wenn – unter der (hypothetischen) Voraussetzung einer Zweiparteiensituation – die Wählerschaft im Hinblick auf diese Einstellungsdimension in zwei gleich große Lager gespalten ist. Beide Parteien werden je zur Hälfte von dieser Lage profitieren. Andererseits würde eine Partei bei sonst gleich starker Beziehung auf der individuellen Ebene dann um so stärker begünstigt, je mehr Wähler glauben, sie würde in Hinsicht auf die in Frage stehende Einstellungsdimension das Richtige tun. Wir haben diese Überlegung von Stokes übernommen und an anderer Stelle ausführlich dargestellt²⁷. Wir können uns deshalb hier mit diesem Hinweis darauf begnügen.

Die Ergebnisse sind geeignet, Interpretationen der Wahlergebnisse im Sinne eindeutiger Meinungstrends in Frage zu stellen. Aus den Schaubildern geht hervor, daß es sich eher um gegenläufige, sich kompensierende Entwicklungen in unterschiedlichen Einstellungsbereichen handelt. So zeigen die gruppenbezogenen, die ideologischen und die unpolitischen Argumente nur geringe Variationen ihres Einflusses auf die Wählerbewegungen. Dabei haben die gruppenbezogenen Argumente zu allen Zeitpunkten in hohem Maße die SPD begünstigt. Die stärksten Veränderungen ergeben sich hinsichtlich der Effekte der innen- und außenpolitischen Argumente und, wengleich in geringerem Maße, für die Argumente, die auf die Politiker und auf die Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind.

Die innenpolitischen Argumente haben zu erheblichen Nettovorteilen der CDU/CSU geführt. Hier liegt, was den Einstellungsbereich angeht, die Wurzel einer verstärkten Hinwendung zur CDU/CSU. Die außenpolitischen Argumente haben dagegen im Jahre 1972 die SPD in einer Größenordnung gestützt, die für diese Partei sonst nur aus den gruppenbezogenen Argumenten abgeleitet werden kann. Dieser Effekt ist 1976 ganz ausgeblieben; 1980 hat sich diese Situation für die SPD etwas verbessert.

Eine solche Verbesserung für die SPD wird für das Jahr 1980 auch in anderen Einstellungsbereichen sichtbar. Hierdurch konnte ein Teil des Vertrauensschwunds im Bereich der Innenpolitik aufgefangen werden. Es ist die Frage, ob dies 1983 noch einmal gelingen kann.

Wir haben eingangs danach gefragt, auf welche Merkmale der SPD und der CDU/CSU in den Jahren 1969, 1972, 1976 und 1980 das Interesse der Bevölkerung gerichtet war, welche Bewertung daraus folgte und in welchem Maße die Wahlabsicht der Bürger mit solchen Einstellungen zusammenhing. Wir haben bei dem Versuch, die aufgeworfenen Probleme zu behandeln, erstmals Umfragematerial ausgebreitet, das seit 1969 systematisch gesammelt wurde. Die Darstellung mußte sich deshalb, bei der Fülle der Daten, auf einen großen Überblick beschränken. Weitere Analysen werden zeigen, ob die Hoffnung gerechtfertigt ist, mit der Hilfe von offenen Fragen einen fruchtbaren Weg gefunden zu haben, die politische Entscheidung der Bevölkerung zu erklären.

27 Stokes, *Partisan Attitudes* (Anm. 12); Klingemann/Taylor, *Affektive Parteiorientierung* (Anm. 11).

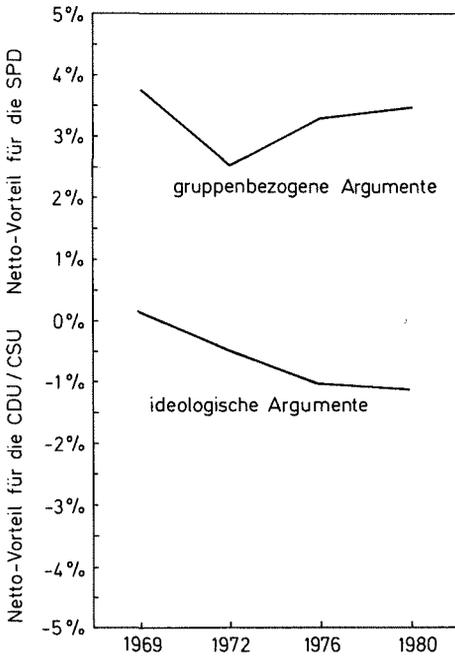


Schaubild 12:
Der Einfluß der ideologischen und
der gruppenbezogenen Argumente
auf die Wählerbewegungen

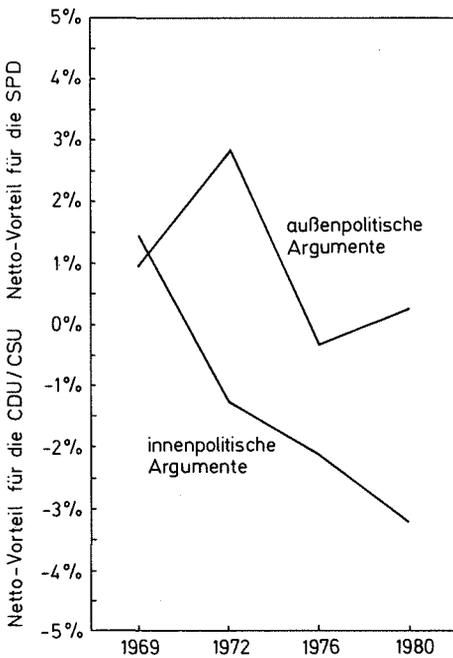


Schaubild 13:
Der Einfluß der innen- und der
außenpolitischen Argumente auf
die Wählerbewegungen

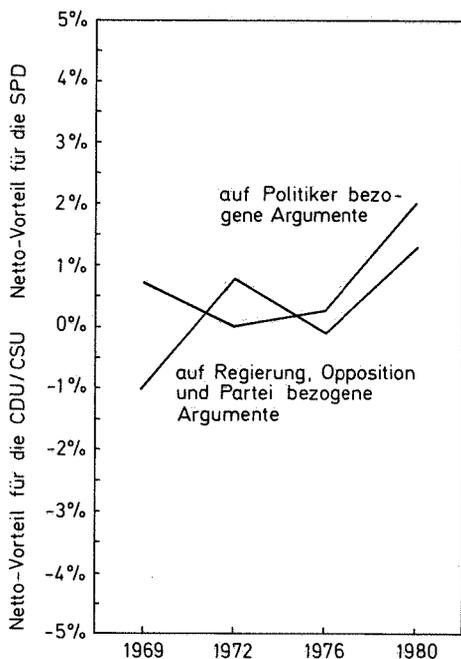


Schaubild 14:

Der Einfluß der Argumente, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind und der Argumente, die auf Politiker bezogen sind auf die Wählerbewegungen

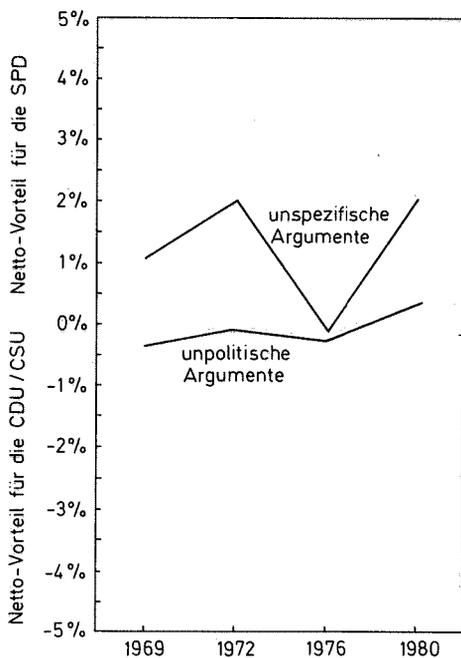


Schaubild 15:

Der Einfluß der unpolitischen und der unspezifischen Argumente auf die Wählerbewegungen

Literatur

- Baker, Kendall L./Helmut Norpoth/Klaus Schönbach, Die Fernsehdiskussion der Spitzenkandidaten vor den Bundestagswahlen 1972 und 1976, in: *Publizistik*, 26. Jg. 1981, H. 4, S. 530–544.
- Baker, Kendall L./Helmut Norpoth, Candidates on Television: The 1972 Electoral Debates in West Germany, in: *Public Opinion Quarterly*, 45. Jg. 1981, H. 3, S. 320–345.
- Butler, David/Donald Stokes, *Political Change in Britain*, London: Macmillan 1969.
- Campbell, Angus/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald Stokes, *The American Voter*, New York: Wiley 1960.
- Downs, Anthony, *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row 1957.
- Fiorina, Morris P., *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven: Yale University Press 1981.
- Greenstein, Fred, *Children and Politics*, New Haven: Yale University Press 1969.
- Hess, Robert/Judith Thorney, *The Development of Political Attitudes in Children*, Chicago: Aldine 1967.
- Höhe, Jürgen/Hans-Dieter Klingemann/Klaus Radermacher/Cornelia Schickle, *TEXTPACK-Benutzerhandbuch* (Version IV), Mannheim: ZUMA 1981.
- Hyman, Herbert, *Political Socialization*, Glencoe, Ill.: The Free Press 1959.
- Key, Vladimir O., *The Responsible Electorate*, New York: Vintage 1966.
- Klecka, William R., *Discriminant Analysis*, Beverly Hills, Ca.: Sage 1980.
- Klingemann, Hans-Dieter/Franz Urban Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11. Jg. 1970, H. 1, S. 111–138.
- Klingemann, Hans-Dieter, Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 14. Jg. 1973, H. 2, S. 227–256.
- Klingemann, Hans-Dieter, *Standardcode zur Verschlüsselung der Einstellungen zu den politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Mannheim: ZUMA 1976.
- Klingemann, Hans-Dieter/Charles Lewis Taylor, Affektive Parteiorientierung, Kandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 301–347.
- Klingemann, Hans-Dieter, *Interviewereffekte bei der Protokollierung von Antworten auf offene Fragen* (Tabellenunterlagen), Mannheim: ZUMA 1978.
- Klingemann, Hans-Dieter, Der Wandel des Bildes der FDP in der Bevölkerung, in: Lothar Albertin (Hrsg.), *Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980, S. 125–150.
- Lazarsfeld, Paul F., The Controversy over Detailed Interviews – An Offer for Negotiation, in: *Public Opinion Quarterly*, 8. Jg. 1944, H. 1, S. 38–60.
- Miller, Warren E., Voting and Foreign Policy, in: James Rosenau (Hrsg.), *Domestic Sources of Foreign Policy*, New York: The Free Press 1967, S. 213–230.
- Noetzel, Dieter/Manfred Rabeneck, Parteien als Vertreter von Interessen, in: *Die politische Meinung*, Sonderheft, April 1974, S. 78–108.
- Norpoth, Helmut/Kendall L. Baker, Politiker unter sich am Bildschirm: Die Konfrontation von Personen und Sachthemen in den Fernsehdiskussionen 1972–1980, in *diesem Band*.
- Scheuch, Erwin K., Das Interview in der Sozialforschung, in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 1, Stuttgart: Enke 1967, S. 136–196.
- Schönbach, Klaus/Rudolf Wildenmann, Election Themes and the Prestige Newspapers, in: Karl H. Cerny (Hrsg.), *Germany at the Polls*, Washington, D. C.: American Enterprise Institute 1978, S. 169–194.
- Schönbach, Klaus, Wahlprogramme und Wählermeinung 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 360–407.
- Spiegel, Bernd, Image und Imageanalyse, in: *Marketing Enzyklopädie*, Bd. 1, München: Verlag Moderne Industrie 1974, S. 965–977.
- Stokes, Donald E., *Partisan Attitudes and Electoral Decision*, New Haven: Yale University 1958 (Ph. D. thesis).
- Stokes, Donald/Angus Campbell/Warren E. Miller, Components of Electoral Decision, in: *American Political Science Review*, 52. Jg. 1958, H. 2, S. 367–370.
- Stokes, Donald E., Some Dynamic Elements in Contests for the Presidency, in: *American Political Science Review*, 60. Jg. 1966, H. 1, S. 19–28.

Anhang

Das Kategorienschema der Inhaltsanalyse:

Typologie der Eigenschaften von politischen Parteien

- 1 Ideologische Eigenschaften
 - 11 Links
 - 12 Progressiv
 - 13 Demokratisch
 - 14 Liberal
 - 15 Konservativ
 - 16 Radikal
 - 17 Christlich
 - 10 Sonstige ideologische Eigenschaften
- 2 Eigenschaften, bezogen auf soziale Gruppen
 - 21 Kirchen
 - 22 Oberschicht
 - 23 Mittelschicht
 - 24 Unterschicht
 - 25 Das Volk
 - 26 Alte Leute
 - 27 Junge Leute
 - 20 Sonstige auf soziale Gruppen bezogene Eigenschaften
- 3 Eigenschaften, bezogen auf Innenpolitik
 - 31 Wirtschaftspolitik
 - 32 Lohn- und Preispolitik
 - 33 Arbeits- und Beschäftigungspolitik
 - 34 Sozialpolitik
 - 35 Steuerpolitik
 - 36 Bildungspolitik
 - 37 Innere Sicherheit. Ruhe und Ordnung. Rechtspolitik
 - 38 Bundeswehr
 - 39 Innenpolitik allgemein
 - 30 Sonstige auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften
- 4 Eigenschaften, bezogen auf Außenpolitik
 - 41 Deutschlandpolitik
 - 42 Ostpolitik
 - 43 West- und Bündnispolitik
 - 44 Europäische Einzelstaaten
 - 45 Dritte Welt
 - 46 Außenpolitik allgemein
 - 40 Sonstige auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften
- 5 Eigenschaften, bezogen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation
 - 51 Regierungs- und Oppositionsleistung
 - 52 Koalitionsverhalten
 - 53 Politische Moral
 - 54 Programmatik

- 55 Selbstdarstellung
- 56 Organisation
- 57 Parteigruppierungen
- 50 Sonstige auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogene Eigenschaften
- 6 Eigenschaften, bezogen auf Politiker
 - 61 Kanzler, Kanzlerkandidat der SPD
 - 62 Kanzler, Kanzlerkandidat der CDU/CSU
 - 63 Parteiführer FDP
 - 64 Parteiführer CSU
 - 65 Politiker der SPD
 - 66 Politiker der CDU/CSU
 - 67 Politiker der FDP
 - 68 Politiker allgemein
 - 60 Sonstige auf Politiker bezogene Eigenschaften
- 7 Unpolitische Eigenschaften
 - 71 Unreflektierte Partei-Identifikation
 - 72 Unpolitische Merkmale
- 8 Unspezifische Eigenschaften
 - 81 Kategorische Bewertung
 - 82 Keine Unterschiede zwischen den Parteien
 - 80 Sonstige unspezifische Eigenschaften
- 9 Keine Eigenschaften genannt
 - 91 Politisches Desinteresse
 - 98 Weiß nicht
 - 99 Keine Angabe

Definitionen:

1 Ideologische Eigenschaften

Ein Bezug auf eine ideologische Eigenschaft liegt vor, wenn die politischen Parteien am Maßstab einer allgemeinen Theorie der gesellschaftlichen oder politischen Ordnung gemessen werden. Ideenorientiertes Wissen ist Voraussetzung für eine solche Bewertung. Die den politischen Parteien zugeschriebenen ideologischen Eigenschaften sind in der Regel einer der großen ideologischen Strömungen unserer Zeit entnommen (Kommunismus, Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus, Faschismus u. a.). Ideologisch geprägte Argumente werden von den Befragten häufig in einer wenig differenzierten Weise vorgetragen. Für die Vergabe eines Codes soll es jedoch bereits genügen, wenn Wörter verwendet werden, die der kulturell definierten Ideologiesprache zurechenbar sind. Kommen solche Wörter nicht vor, so ist ein Code für „Ideologische Eigenschaften“ nur dann zu vergeben, wenn der Befragte in differenzierter Form gesellschaftliche oder politische Ordnungs- oder Entwicklungsvorstellungen anhand von Beispielen diskutiert. Sieben Typen ideologischer Eigenschaften werden unterschieden.

11 Links

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie: kommunistisch, marxistisch, links, rot, proletarisch u. ä. verbunden. Es wird auf eine grundlegende und oft gewaltsame Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit dem Endziel einer kommunistischen Ordnung Bezug genommen.

12 Progressiv

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

sozialistisch, demokratischer Sozialismus, sozialdemokratisch, progressiv, linksliberal, Reform, fortschrittlich, modern u. ä. verbunden. Es wird auf nicht-revolutionären sozialen und politischen Wandel Bezug genommen.

13 Demokratisch

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

demokratisch u. ä. verbunden. Es wird auf das Verständnis der politischen Partei für demokratische Normen oder auf die Mitwirkung der Bürger am politischen Leben (Bürgerinitiativen) Bezug genommen.

14 Liberal

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

liberal, sozialliberal, freiheitlich, bürgerlich, gemäßigt, ausgeglichen, Mitte u. ä. verbunden. Es werden die Rechte des Individuums betont, auf die Funktion von Privatinitiative u. ä. verwiesen.

15 Konservativ

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

reaktionär, rechts, konservativ, traditional, kapitalistisch, national, braun, faschistisch u. ä. verbunden. Die Bewahrung des Status quo, die Funktionen eines hierarchischen Aufbaus der Gesellschaft werden betont.

16 Radikal

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

radikal, extrem, diktatorisch, totalitär u. ä. verbunden. Es wird auf die Folgen einer totalen Kontrolle des Staates über das gesellschaftliche und politische Leben verwiesen. Diese Kategorie trifft nur zu, wenn auf den Radikalismus allgemein hingewiesen wird. „Linksradikal“ ist dagegen in Kategorie 11, „Rechtsradikal“ in Kategorie 15 zu verschlüsseln.

17 Christlich

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

christlich, klerikal, ultramontan u. ä. verbunden. Der Bezug auf christliche *Ideen* muß klar erkennbar sein. Wird dagegen auf die Beziehung zwischen politischen Parteien und konfessionellen Gruppen oder Kirchen abgestellt, so ist Kategorie 21 zu verschlüsseln.

10 Sonstige ideologische Eigenschaften

Alle ideologischen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 11–17 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

2 Eigenschaften, bezogen auf soziale Gruppen

Ein Bezug auf soziale Gruppen liegt vor, wenn die politischen Parteien mit der Interessenlage von Bevölkerungsgruppen verknüpft werden. Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und Bevölkerungsgruppen sind geschichtlich geprägt. Die Zuordnung solcher Eigenschaften setzt Wissen über solche Zusammenhänge voraus. Die Kategorie „Soziale Gruppen“ ist weit gefaßt. Sie bezieht sich auch auf das Verhältnis der politischen Parteien zu den großen organisierten Interessenverbänden.

21 Kirchen

Die politische Partei wird mit Eigenschaften wie:

kirchentreu, kirchenfeindlich, katholisch, protestantisch u. ä. verknüpft. Es wird auf das Verhältnis der politischen Partei zu den christlichen Kirchen und anderen konfessionellen Gruppierungen Bezug genommen.

22 Oberschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

Großunternehmern, Industrie, Reichen, Unternehmerverbänden, Banken u. ä. verbunden. Besitz, hohes Einkommen und hoher Berufsstatus sind kennzeichnend für die Oberschichtgruppen.

23 Mittelschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

Kaufleuten, kleinen und mittleren Unternehmern, Handwerkern, Beamten, Angestellten, Landwirten, dem Mittelstand, dem Bürgertum u. ä. verbunden, soweit sie nicht als zur Oberschicht gehörig qualifiziert werden. Es wird auf die besondere Lage dieser Berufe zwischen Ober- und Unterschicht, als Gruppe zwischen den Konzernen und den Gewerkschaften hingewiesen.

24 Unterschicht

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

Arbeitern, Arbeitnehmern, dem „kleinen Mann“, den Armen, den Gewerkschaften oder benachteiligten sozialen Gruppen allgemein u. ä. verbunden. Besitzlosigkeit, niedriges Einkommen und niedriger Berufsstatus sind kennzeichnend für Unterschichtgruppen. „Gastarbeiter“ fallen nicht in diese Kategorie: sie sind in Kategorie 20 zu verschlüsseln.

25 Das Volk

Die politische Partei wird mit Gruppenbezeichnungen wie:

„Wir alle“, „Uns“, jedermann, die Bevölkerung u. a. verbunden. Ein Schicht- oder Klassenkonzept wird nicht angesprochen.

26 Alte Leute

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

den Alten, Rentnern u. ä. verbunden. Die Kategorie trifft nur zu, wenn der Gruppenbezug deutlich gemacht wird.

Wird von „Rentenpolitik“ gesprochen, so ist Kategorie 34 zu verschlüsseln.

27 Junge Leute

Die politische Partei wird mit sozialen Gruppen wie:

der Jugend, Schülern, Studenten u. ä. verbunden. Wird von „Ausbildungsförderung“, „Bildungspolitik“ u. ä. gesprochen, so ist Kategorie 36 zu verschlüsseln: Kategorie 27 trifft also nur zu, wenn der Gruppenbezug klar erkennbar ist.

20 Sonstige auf soziale Gruppen bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen auf soziale Gruppen bezogenen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 21–27 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

3 Eigenschaften, bezogen auf Innenpolitik

Ein Bezug auf Innenpolitik liegt vor, wenn die politischen Parteien im Hinblick auf innenpolitische Maßnahmen beurteilt werden. Dabei wird in der Regel auf einzelne Bereiche der Innenpolitik Bezug genommen; es darf aber auch allgemein von Innenpolitik gesprochen werden.

31 Wirtschaftspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten bewertet. Dazu gehören: die konjunkturelle Lage (Stabilität), allgemeine Probleme der Währungs-, Haushalts- und Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik (freie, soziale Marktwirtschaft, Erhaltung des Eigentums, Vermögensbildung (624-Mark-Gesetz), Mitbestimmung, Verstaatlichung u. ä.).

32 Lohn- und Preispolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Lohn- und Preispolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Preissteigerungen, Inflation, zu hohe oder zu geringe Löhne, Gratifikationen für Arbeitnehmer u. ä. Im Gegensatz zur Kategorie „Wirtschaftspolitik“ kann der Befragte hier in der Regel einen Bezug zur eigenen wirtschaftlichen Situation herstellen.

33 Arbeits- und Beschäftigungspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Arbeits- und Beschäftigungspolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitskräftemangel und sonstige Probleme der Arbeitsmarktpolitik. Auch hier kann in der Regel vom Befragten ein Bezug zur eigenen Situation hergestellt werden.

34 Sozialpolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Sozialpolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Alterssicherung (Renten), Krankenversorgung, staatliche Vorsorge- und Unterstützungsmaßnahmen, sozialer Wohnungsbau und Mietrecht, das „Netz der sozialen Sicherheit“ sowie die soziale Einstellung der politischen Partei generell (z. B. auch § 218, Bau von Kinderspielflächen etc.).

35 Steuerpolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Steuerpolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: die Art und Höhe der Steuern (Mehrwertsteuer, Kirchensteuer, u. ä.) sowie anderer staatlicher Abgaben. Die Bewertung des Umgangs mit Steuergeld („Geldverschwendung“) gehört ebenfalls in diese Kategorie.

36 Bildungspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der Bildungspolitik bewertet. Dazu gehören Probleme wie: berufliche Bildung, Mangel an Lehrstellen, Qualität der schulischen Bildung, Zugang zu den Hochschulen (Numerus clausus), Lehrermangel, Lehrerschwemme, Bau von Schulen u. ä.

37 Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Rechtspolitik

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz in dem Bereich der inneren Sicherheit, Ruhe und Ordnung (Sitte und Moral) bewertet. Dazu gehören Probleme wie: die Entwicklung der Kriminalität, der Strafvollzug, das Strafrecht, Demonstrationsverbot, Radikalerlaß („Berufsverbot“), Notstandsgesetze, Spionage, Verbot der NPD, Verwilderung der Moral (Pornographie u. ä.) sowie Rechtspolitik allgemein.

38 Bundeswehr

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich Bundeswehr bewertet. Dazu gehören Probleme wie: Stärke, Ausbildung, Bewaffnung, Wehrpflicht, die generelle Notwendigkeit deutschen Militärs und Fragen der Verteidigungspolitik, soweit diese nicht primär Bündnispolitik (Kategorie 43) sind.

39 Innenpolitik allgemein

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz zur Bewältigung der allgemeinen innenpolitischen Lage bewertet. Es wird der Bereich der Innen- und Gesellschaftspolitik nur generell angesprochen, Teilbereiche werden nicht herausgehoben.

30 Sonstige auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen auf Innenpolitik bezogene Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 31–39 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

- 4 Eigenschaften, bezogen auf Außenpolitik
Ein Bezug auf Außenpolitik liegt vor, wenn die politischen Parteien im Hinblick auf außenpolitische Maßnahmen beurteilt werden. Dabei wird in der Regel auf einzelne Bereiche der Außenpolitik Bezug genommen; es kann aber auch allgemein von Außenpolitik als Bereich gesprochen werden.
- 41 Deutschlandpolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Deutschlandpolitik beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: die Anerkennung der DDR (Hallstein-Doktrin), die Berlinfrage (Transitverkehr u. ä.), die Wiedervereinigung Deutschlands und andere Fragen, die die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander betreffen.
- 42 Ostpolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Ostpolitik beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: die Ostverträge, Oder-Neiße-Grenze, Friedenspolitik, Entspannungspolitik sowie andere Fragen der Ausgestaltung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten des Ostens.
- 43 West- und Bündnispolitik
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der West- und Bündnispolitik beurteilt. Dazu gehören Fragen wie: die Beziehungen zum Westen im allgemeinen und zu den USA im besonderen sowie die Beziehung zu und die Beurteilung der Bündnisgemeinschaften des Westens (NATO, EG).
- 44 Europäische Einzelstaaten
Die politische Partei wird unter Verweis auf westeuropäische Einzelstaaten beurteilt. Dazu gehört die innere Unsicherheit der Entwicklung in solchen Ländern oder ein Vergleich der wirtschaftlichen Lage zwischen der Bundesrepublik und diesen Ländern.
- 45 Dritte Welt
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz im Bereich der Politik gegenüber Ländern der Dritten Welt beurteilt. Dazu gehören Probleme wie: Entwicklungshilfe, Welt-handelskonferenzen u. ä.
- 46 Außenpolitik allgemein
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Kompetenz für die Bewältigung der allgemeinen außenpolitischen Lage beurteilt. Es wird der Bereich der Außenpolitik nur generell angesprochen (Völkerverständigung, Politik der Stärke u. ä. eingeschlossen). Teilbereiche der Außenpolitik werden nicht herausgehoben.
- 40 Sonstige auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften
Alle sonstigen, auf Außenpolitik bezogene Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorie 41–46 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.
- 5 Eigenschaften, bezogen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation
Ein Bezug auf Regierung, Opposition und Partei liegt vor, wenn auf die Leistungsfähigkeit, die politische Moral, die programmatischen Absichten im allgemeinen, die Organisation oder die Selbstdarstellung der Partei (z. B. im Wahlkampf) verwiesen wird. Spezifische Kompetenzen im innen- und außenpolitischen Bereich gehören nicht in diese Kategorie.
- 51 Regierungs- und Oppositionsleistung
Die politische Partei wird mit Bezug auf ihre Leistungen in der Rolle der Regierung oder Opposition beurteilt. Dazu gehört der Verweis auf: leisten viel bzw. wenig, sind politisch konse-

quent, setzen viel durch, haben Mut zu unpopulären Maßnahmen, schnelles Handeln, finden sich mit den Realitäten ab, machen konstante Politik, gehen einen Mittelweg, nehmen Neues in Angriff, machen Versprechungen, regieren richtig bzw. falsch u. ä.

52 Koalitionsverhalten

Die politische Partei wird mit Bezug auf ihr Koalitionsverhalten beurteilt. Dazu gehört ihr Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Koalitionspartner, ihr zu großer bzw. zu geringer Einfluß in der Koalition, ihre Koalitionsabsichten u. ä. Das Verhältnis von CDU zu CSU gehört nicht in diese Kategorie, sondern vielmehr in die Kategorie 56.

53 Politische Moral

Die politische Partei wird im Hinblick auf ihr Rollenverständnis, ihren politischen Stil insbesondere auch gegenüber dem politischen Gegner beurteilt. Das Verhalten wird als fair oder unfair, tolerant, offen und ehrlich, wankelmütig, machthungrig u. ä. gekennzeichnet. Im Hinblick auf das Rollenverständnis wird angeführt: ist kein guter Verlierer; machen Parteibuchwirtschaft; Ämterpatronage; eine kleine Partei kann bestimmen, wer an die Regierung kommt; überschreiten die Grenzen ihrer Befugnisse bzw. halten sich in den Grenzen ihrer Befugnisse. In diese Kategorie gehören auch sonstige Fragen der politischen Korruption und Begünstigung (z. B. Beraterverträge).

54 Programmatik

Die politische Partei wird in allgemeiner Form in bezug auf die Inhalte von Programmen, Entwürfen, Vorhaben, Alternativen, Zielen u. ä. beurteilt. Sie werden in der Regel als: gut bzw. schlecht, klar bzw. unklar, vielversprechend, falsch u. ä. bezeichnet. Von der Partei wird gesagt: ihre Weltanschauung ist gut/schlecht, hat neue Ideen, mehr Argumente u. ä.

55 Selbstdarstellung

Die politische Partei wird im Hinblick auf ihre Fähigkeit beurteilt, Leistungen, die sie erbracht hat (auch in ihrer Rolle als Regierung und Opposition), adäquat darzustellen. Der Inhalt (z. B. Wahlslogans) und die Form (Wahlkampfstil) der Information und Selbstdarstellung wird angesprochen. Beispiele wären: kann sich nicht verkaufen, macht eine schlechte Informationspolitik, machen uns ein X für ein U vor u. ä.

56 Organisation

Die politische Partei (auch in ihrer Rolle als Regierung und Opposition) wird im Hinblick auf ihre innere Geschlossenheit oder Zerstrittenheit, ihre Führung u. ä. beurteilt. Hierzu gehören auch Bezüge auf das Verhältnis der CDU zur CSU.

57 Parteigruppierungen

Die politische Partei wird in bezug auf Gruppen innerhalb der Partei beurteilt. Zu diesen Gruppen gehören: der Arbeitnehmerflügel, die Sozialausschüsse, die Jusos, die Junge Union, die Jungdemokraten u. ä. Die Kategorie trifft auch zu, wenn auf die Parteimitglieder insgesamt Bezug genommen wird.

50 Sonstige auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogene Eigenschaften

Alle sonstigen auf Regierung, Opposition und Parteiorganisation bezogenen Eigenschaften, die nicht mit Hilfe der Kategorien 51–57 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

6 Eigenschaften, bezogen auf Politiker

Eine politikerbezogene Eigenschaft der politischen Partei liegt vor, wenn die politischen Parteien durch die Qualität ihres Führungspersonals bewertet werden. Das gilt sowohl für namentliche Nennungen als auch für einen Bezug auf Führungspositionen, die von der politischen Partei besetzt sind.

- 51 Kanzler, Kanzlerkandidat der SPD
Die politische Partei wird durch ihren Kanzler bzw. Kanzlerkandidaten gekennzeichnet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.
- 62 Kanzler, Kanzlerkandidat der CDU/CSU
Die politische Partei wird durch ihren Kanzler bzw. Kanzlerkandidaten gekennzeichnet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.
- 63 Parteiführer der FDP
Die FDP wird durch ihren Parteiführer gekennzeichnet. Dies kann durch die Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.
- 64 Parteiführer der CSU
Die CSU wird durch ihren Parteiführer gekennzeichnet, bzw. die CDU wird durch den CSU-Vorsitzenden bewertet. Dies kann durch Nennung des Namens oder durch Nennung der Position geschehen.
- 65 Politiker der SPD
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der SPD.
- 66 Politiker der CDU/CSU
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der CDU/CSU.
- 67 Politiker der FDP
Namentliche oder positionelle Nennung von sonstigen Politikern der FDP.
- 68 Politiker allgemein
Die politische Partei wird in bezug auf die besonderen Fähigkeiten ihrer Politiker allgemein bewertet. Zum Beispiel: sie haben gute (schlechte) Experten; haben eine gute (schlechte) Führungsmannschaft; Politiker taugen nichts; unzufriedene, unsichere Abgeordnete u. ä.
- 60 Sonstige auf Politiker bezogene Eigenschaften
Alle sonstigen auf Politiker bezogene Eigenschaften der politischen Parteien, die nicht mit Hilfe der Kategorien 61–68 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.
- 7 Unpolitische Eigenschaften
Eine unpolitische Eigenschaft einer politischen Partei liegt vor, wenn zu ihrer Bewertung Maßstäbe herangezogen werden, die für die Bewertung dieser Parteien und ihrer Politiker irrelevant sind.
- 71 Unreflektierte Partei-Identifikation
Die politische Partei wird durch den Hinweis bewertet, daß man hier am Ort diese Partei eben immer wähle; daß in der Familie es so Brauch sei, die Partei zu wählen; daß man es tue, weil es der Ehemann, Nachbar u. ä. auch so macht. Für eine Ablehnung der politischen Partei werden diese Argumente mit umgekehrtem Vorzeichen verwendet.
- 72 Unpolitische Merkmale
Die politische Partei wird durch den Hinweis bewertet, daß sie z. B. gut gekleidete Politiker habe, daß die Politiker zu viel auf Reisen gingen, zu viel Ferien machten u. ä.
- 8 Unspezifische Eigenschaften
Eine unspezifische Eigenschaft einer politischen Partei ist durch mangelnde Differenzierung gekennzeichnet. Es wird nur eine globale Bewertung ausgesprochen.

81 Kategorische Bewertung

Eine politische Partei wird kategorisch bewertet, wenn man z. B. angibt, daß einem alles, so gut wie alles, vieles gefällt oder mißfällt und dann diese Wertung nicht weiter erläutert.

82 Keine Unterschiede zwischen den Parteien

Der Befragte stellt fest, daß es keine Unterschiede zwischen den politischen Parteien gibt, ohne dies näher auszuführen.

In der Regel wird eine solche Antwort auf die erste Teilfrage (Was sind die guten Seiten der . . . ?) gegeben. Die weiteren Fragen werden nicht mehr beantwortet. Obwohl der Interviewer hier den Vermerk „Keine Angabe“ macht, ist auch bei den Folgefragen 82 zu verschlüsseln. Das gilt nicht für den Fall, daß, trotz der Eingangsbemerkung des Befragten, die politischen Parteien dennoch im Detail bewertet werden.

80 Sonstige unspezifische Eigenschaften

Alle sonstigen unspezifischen Eigenschaften der politischen Parteien, die nicht mit Hilfe der Kategorien 81, 82 verschlüsselt werden können, fallen in diese Restkategorie.

9 Keine Eigenschaften

Wenn der Befragte keinen Versuch macht, die Frage im gestellten Sinne zu beantworten, wird die Kategorie „Keine Eigenschaften“ verschlüsselt.

91 Politisches Desinteresse

Die Beantwortung der Frage wird mit dem Verweis auf mangelndes politisches Interesse abgelehnt.

Es trifft häufig zu, daß diese Begründung nur bei der ersten Teilfrage gegeben wird und die Folgefragen vom Interviewer mit „Keine Angabe“ gekennzeichnet werden. Ist dies der Fall, so sollen alle Folgefragen ebenfalls mit der Kategorie 91 verschlüsselt werden.

98 Weiß nicht

Die Beantwortung der Frage wird unter Verweis auf mangelnde Information abgelehnt.

99 Keine Angabe

Der Interviewer konnte den Befragten zu keiner Antwort bewegen oder er hat aus irgendwelchen Gründen keinen Eintrag im Fragebogen gemacht.

Tabelle 1: Das Image der SPD. Anteil der Befragten, die vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980 Argumente aus einem bestimmten Themenbereich vorbrachten und die durchschnittliche Anzahl der Argumente pro Themenbereich

Themenbereich (Typ des Arguments)	1980			1976			1972			1969		
	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}
Ideologische Argumente	21	319	1.3	21	438	1.2	16	255	1.2	11	101	1.3
Gruppenbezogene Argumente	31	474	1.5	32	665	1.3	21	341	1.2	28	265	1.4
Innenpolitische Argumente	51	774	2.1	51	1067	1.8	34	544	1.6	23	214	1.6
Außenpolitische Argumente	35	532	1.6	29	613	1.4	45	721	1.3	16	148	1.3
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	42	645	1.6	44	916	1.5	44	700	1.4	44	415	1.6
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	34	513	1.5	24	497	1.4	21	340	1.4	23	219	1.5
Unpolitische Argumente	5	82	1.1	7	139	1.1	3	47	1.1	5	45	1.1
Unspezifische Argumente	18	275	1.0	19	396	1.1	21	331	1.1	21	198	1.0
Keine Argumente	7	113	—	9	181	—	13	207	—	22	205	—
Insgesamt	100	1518	3.7	100	2076	3.3	100	1588	2.8	100	939	2.5

Tabelle 2: Das Image der CDU/CSU. Anteil der Befragten, die vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980 Argumente aus einem bestimmten Themenbereich vorbrachten und die durchschnittliche Anzahl der Argumente pro Themenbereich

Themenbereich (Typ des Arguments)	1980			1976			1972			1969		
	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}	%	N	\bar{x}
Ideologische Argumente	16	236	1.3	21	433	1.3	11	183	1.2	14	130	1.3
Gruppenbezogene Argumente	21	317	1.4	21	448	1.3	16	255	1.3	22	207	1.4
Innenpolitische Argumente	29	436	1.7	24	503	1.4	21	337	1.3	26	248	1.9
Außenpolitische Argumente	16	248	1.3	11	232	1.2	13	203	1.1	14	128	1.5
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	53	797	1.6	54	1118	1.7	53	837	1.6	50	474	1.7
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	46	696	1.6	32	670	1.5	23	374	1.5	19	182	1.5
Unpolitische Argumente	7	100	1.1	6	130	1.0	5	79	1.1	7	68	1.1
Unspezifische Argumente	24	364	1.1	24	505	1.1	34	542	1.1	24	222	1.1
Keine Argumente	9	133	—	12	247	—	14	226	—	20	185	—
Insgesamt	100	1518	3.1	100	2076	2.7	100	1588	2.4	100	939	2.7

Tabelle 3: Das Image der SPD. Anteil der Befragten mit überwiegend positiven (+), ausgeglichenen (=), oder überwiegend negativen (-) Argumenten vor den Bundestagswahlen 1969, 1972, 1976 und 1980, aufgliedert nach Themenbereichen

Themenbereich (Typ des Arguments)	1980			1976			1972			1969						
	+	=	-	+	=	-	+	=	-	+	=	-				
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%				
Ideologische Argumente	22	4	74	33	6	61	438	36	11	53	255	43	3	54	101	
Gruppenbezogene Argumente	72	5	23	474	74	5	21	665	75	5	20	341	75	4	21	265
Innenpolitische Argumente	31	11	58	774	39	10	51	1067	40	8	52	544	69	5	26	214
Außenpolitische Argumente	56	7	37	532	52	4	44	613	79	4	17	721	69	2	29	148
Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	35	9	56	645	26	10	64	916	26	10	64	700	37	13	50	415
Argumente, die auf Politiker bezogen sind	72	7	21	513	50	9	41	497	35	7	58	340	69	5	26	219
Unpolitische Argumente	65	1	34	82	48	2	50	139	62	2	36	47	69	7	24	45
Unspezifische Argumente	51	-	49	275	27	0	73	396	39	0	61	331	65	-	35	198

Tabelle 7: Ideologische Elemente im Vorstellungsbild von der SPD

Art des ideologischen Arguments	Die für den Befragten aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Ist links	0	1	53	220	0	2	32	175	-	-	39	121	-	-	28	37
Ist progressiv	9	36	6	25	29	159	12	64	36	113	6	18	32	42	7	9
Ist nicht konservativ	1	3	1	3	0	1	0	1	0	1	0	1	1	1	2	3
Ist liberal	8	31	1	6	4	19	1	3	2	5	0	1	4	5	1	1
Ist nicht liberal	-	-	1	6	-	-	2	12	-	-	-	-	-	-	2	2
Ist nicht progressiv	-	-	0	1	0	2	3	17	-	-	3	10	-	-	2	2
Ist nicht links	1	5	1	3	1	3	0	1	0	1	1	4	3	4	2	2
Ist konservativ	2	9	2	9	0	1	2	12	0	1	2	5	1	1	4	5
Ist nicht christlich	0	1	2	7	-	-	1	5	-	-	2	5	-	-	2	2
Ist christlich	-	-	-	-	0	2	0	1	-	-	-	-	-	1	1	-
Ist radikal	-	-	6	23	-	-	9	48	-	-	5	15	-	-	5	7
Ist nicht demokratisch	-	-	0	1	-	-	0	2	-	-	-	-	-	-	2	2
Ist nicht radikal	1	2	-	-	0	1	1	4	-	-	0	1	2	3	2	2
Ist demokratisch	4	17	1	3	2	13	-	-	3	8	1	2	1	1	-	-
Sonstiges	0	1	0	1	-	-	1	3	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	26	106	74	308	36	203	64	348	41	129	59	183	44	58	56	74

Tabelle 8: Ideologische Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU

Art des ideologischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Ist links	—	—	2	5	0	1	1	5	1	2	1	3	1	2	1	2
Ist progressiv	1	4	1	2	3	16	1	3	5	11	1	1	3	6	1	1
Ist nicht konservativ	0	1	1	3	1	3	1	4	—	—	1	2	1	1	—	—
Ist liberal	9	28	1	2	12	69	1	5	5	12	—	—	11	19	1	1
Ist nicht liberal	—	—	2	5	0	2	2	10	—	—	—	—	—	—	2	4
Ist nicht progressiv	1	3	2	7	4	25	4	21	3	6	6	13	—	—	3	5
Ist nicht links	5	15	0	1	6	35	—	—	8	18	1	2	2	4	1	1
Ist konservativ	8	23	23	68	10	54	25	142	5	11	26	57	6	10	24	42
Ist nicht christlich	—	—	7	22	0	1	3	18	—	—	2	5	—	—	3	6
Ist christlich	20	60	4	11	11	64	7	40	17	38	9	20	17	30	13	23
Ist radikal	—	—	7	20	—	—	2	11	—	—	3	6	—	—	1	2
Ist nicht demokratisch	—	—	2	5	—	—	0	2	—	—	1	3	—	—	1	1
Ist nicht radikal	2	6	—	—	2	13	—	—	2	5	—	—	3	6	—	—
Ist demokratisch	3	10	—	—	3	19	0	2	3	6	—	—	6	10	—	—
Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	50	150	50	151	53	302	47	263	49	109	51	112	50	88	50	88

Tabelle 9: Gruppenbezogene Elemente im Vorstellungsbild von der SPD

Art des gruppenbezogenen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Ist für Unterschicht	48	330	3	18	50	442	6	54	53	224	5	19	56	202	8	28
Ist für das Volk	8	57	0	1	6	55	0	1	9	37	—	—	7	26	—	—
Ist gegen die Oberschicht	1	8	1	4	1	13	2	14	1	4	1	3	—	—	1	3
Ist gegen die Mittelschicht	—	—	3	19	1	5	3	22	—	—	2	8	—	—	3	12
Ist gegen das Volk	—	—	1	8	—	—	1	6	—	—	1	4	—	—	1	4
Ist gegen die Unterschicht	—	—	3	23	0	1	3	25	—	—	3	14	0	1	8	29
Ist für die Mittelschicht	3	17	0	3	3	22	1	8	1	6	1	4	4	15	1	3
Ist für die Oberschicht	1	5	2	12	1	6	2	14	0	1	2	10	0	1	1	4
Ist gegen die Kirchen	—	—	0	1	0	2	1	5	0	1	1	2	0	1	1	2
Ist für die Kirchen	—	—	0	2	—	—	0	1	—	—	0	1	0	1	0	1
Ist für alte Leute	6	42	—	—	9	83	0	4	8	33	1	2	3	11	—	—
Ist gegen alte Leute	—	—	1	9	—	—	1	7	—	—	1	4	—	—	1	2
Ist für junge Leute	3	2	1	7	2	21	2	14	3	11	3	11	2	6	1	2
Ist gegen junge Leute	—	—	2	13	0	1	2	17	—	—	1	5	—	—	1	2
Sonstiges	3	19	11	74	1	12	3	27	2	10	3	12	2	7	—	—
Insgesamt	72	498	28	194	75	663	25	219	77	327	23	99	75	271	25	92

Tabelle 10: Gruppenbezogene Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU

Art des gruppenbezogenen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Ist für Unterschicht	3	14	0	2	5	27	2	10	4	12	2	8	1	4	1	4
Ist für das Volk	7	31	0	1	7	44	0	1	5	18	1	4	10	29	—	—
Ist gegen die Oberschicht	—	—	—	—	0	1	0	2	—	—	1	2	—	—	—	—
Ist gegen die Mittelschicht	—	—	1	3	—	—	1	3	—	—	0	1	—	—	5	14
Ist gegen das Volk	—	—	1	4	—	—	2	10	—	—	1	4	—	—	3	9
Ist gegen die Unterschicht	0	1	16	74	1	4	13	75	1	2	14	48	—	—	23	64
Ist für die Mittelschicht	5	22	2	11	6	36	1	8	5	18	1	3	5	14	3	7
Ist für die Oberschicht	2	9	28	127	6	36	35	208	2	7	36	119	2	5	15	44
Ist gegen die Kirchen	—	—	1	4	0	1	—	—	0	1	—	—	0	1	—	—
Ist für die Kirchen	4	17	8	38	2	14	11	66	3	11	8	26	3	7	11	32
Ist für alte Leute	4	16	0	1	3	20	—	—	10	32	—	—	4	11	0	1
Ist gegen alte Leute	—	—	2	7	—	—	0	2	—	—	2	5	—	—	3	7
Ist für junge Leute	4	19	—	—	2	9	0	2	2	7	—	—	0	1	3	9
Ist gegen junge Leute	—	—	3	14	—	—	1	4	—	—	0	1	—	—	4	10
Sonstiges	6	26	4	18	1	4	1	7	1	2	1	2	0	1	4	11
Insgesamt	34	155	66	304	33	196	67	398	33	110	67	223	26	73	74	212

Tabelle 11: Innenpolitische Elemente im Vorstellungsbild von der SPD

Art des innenpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Wirtschaftspolitik	8	130	24	385	6	116	14	266	5	45	12	111	22	78	7	25
Steuerpolitik	1	8	5	83	1	12	9	170	0	2	6	53	0	1	0	1
Lohn- und Preispolitik	1	19	3	44	1	26	6	119	2	13	17	155	4	13	4	13
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	3	46	4	66	1	26	5	100	3	22	—	—	3	9	1	3
Sozialpolitik	19	304	15	233	27	512	6	111	26	233	4	37	22	76	2	6
Bildungspolitik	2	30	3	46	3	54	6	120	4	37	2	20	7	23	3	9
Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Rechtspolitik	1	10	5	72	1	16	6	109	1	10	6	50	2	7	8	27
Bundeswehr	0	4	0	6	0	6	0	8	0	2	1	13	1	3	1	3
Innenpolitik allgemein	1	18	1	15	1	17	1	27	2	19	5	41	2	6	1	3
Sonstiges	1	17	3	54	2	41	2	42	2	21	1	8	8	29	4	14
Insgesamt	37	586	63	1004	44	826	56	1072	45	404	55	488	70	245	30	104

Tabelle 12: Innenpolitische Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU

Art des innenpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Wirtschaftspolitik	33	237	5	41	33	234	4	30	26	116	4	17	20	92	9	43
Steuerpolitik	2	17	1	6	4	29	2	15	2	7	1	7	—	—	3	12
Lohn- und Preispolitik	2	14	1	4	3	24	0	2	14	65	2	9	2	10	8	39
Arbeits- und Beschäftigungspolitik	4	27	1	10	4	27	1	5	1	6	1	3	4	16	—	—
Sozialpolitik	19	139	6	47	8	58	9	66	20	88	8	36	4	18	13	59
Bildungspolitik	3	23	2	13	4	28	3	21	1	7	3	13	1	4	7	35
Innere Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Rechtspolitik	9	64	1	7	11	79	3	18	10	44	0	2	4	19	13	59
Bundeswehr	0	3	0	2	0	2	0	2	—	—	—	—	1	3	3	13
Innenpolitik allgemein	4	28	1	4	3	19	1	6	5	21	—	—	1	5	2	8
Sonstiges	2	15	4	29	4	31	3	24	1	6	1	3	1	7	4	19
Insgesamt	78	567	22	163	74	531	26	189	80	360	20	90	38	174	62	287

Table 13: Außenpolitische Elemente im Vorstellungsbild von der SPD

Art des außenpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Deutschlandpolitik	4	29	6	52	4	30	4	34	8	77	1	14	7	14	6	12
Ostpolitik	32	268	20	162	34	282	33	281	58	552	15	143	43	84	15	30
West- und Bündnispolitik	6	49	3	27	3	28	1	6	1	11	1	5	1	3	1	1
Europäische Einzelstaaten	—	—	—	—	0	2	1	5	0	1	—	—	—	—	—	—
Dritte Welt	1	6	3	27	0	2	3	28	0	1	0	1	—	—	—	—
Außenpolitik allgemein	14	119	6	51	12	101	5	38	13	122	2	23	20	38	5	12
Sonstige außenpolitische Argumente	2	17	3	20	0	1	0	3	1	6	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	59	488	41	339	53	446	47	395	81	770	19	186	72	139	28	55

Tabelle 14: Außenpolitische Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU

Art des außenpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	negativ %	N		positiv %	negativ %	N		positiv %	negativ %	N		positiv %	negativ %	N	
Deutschlandpolitik	4	12	2	8	4	11	2	6	3	7	3	8	3	5	7	14
Ostpolitik	28	88	23	72	39	108	27	76	17	39	50	115	10	19	22	41
West- und Bündnispolitik	14	46	5	16	6	18	1	3	5	11	3	8	6	12	9	16
Europäische Einzelstaaten	—	—	—	—	—	—	0	1	—	—	—	—	—	2	3	5
Dritte Welt	1	4	0	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	9
Außenpolitik allgemein	12	39	8	27	12	33	7	20	9	20	9	20	22	41	11	20
Sonstige außenpolitische Argumente	1	2	2	5	1	4	—	—	2	4	—	—	—	—	1	2
Insgesamt	60	191	40	129	62	174	38	106	35	81	65	151	43	80	57	107

Tabelle 15: Elemente im Vorstellungsbild von der SPD, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind

Art des Arguments, das auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen ist	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Regierungs- und Oppositionsleistung	17	177	14	147	17	235	17	234	19	195	25	257	21	142	15	105
Koalitionsverhalten	1	9	3	26	1	12	2	25	1	5	1	6	5	31	6	42
Politische Moral	5	54	12	126	6	87	18	254	6	61	19	194	7	49	20	136
Programmatisik	8	81	3	31	6	85	2	29	6	60	2	20	8	54	5	32
Selbstdarstellung	3	26	4	38	1	11	2	35	0	3	3	34	1	6	6	40
Organisation	4	41	8	84	2	24	13	190	1	6	9	94	2	15	4	24
Partei gruppierungen	1	12	16	158	1	9	12	176	0	2	8	80	1	4	1	6
Sonstige Argumente, die auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen sind	1	5	0	3	-	-	0	4	0	1	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	40	405	60	613	33	463	67	947	33	333	67	685	44	301	56	385

Tabelle 16: Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU, die auf Regierung, Opposition und Partei bezogen sind

Art des Arguments, das auf Regierung, Opposition oder Partei bezogen ist	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:							
	1980		1976		1972		1969	
	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %
Regierungs- und Oppositionsleistung	14	13	19	12	18	16	37	14
Koalitionsverhalten	0	0	0	1	0	1	2	2
Politische Moral	4	27	8	33	6	42	7	21
Programmatik	9	5	6	118	4	60	6	45
Selbstdarstellung	2	10	1	3	1	8	1	6
Organisation	2	12	2	7	2	21	1	8
Partei gruppierungen	0	1	1	18	0	5	0	2
Sonstige Argumente die auf Regierung Opposition oder Partei bezogen sind	0	0	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	32	416	37	694	31	420	54	435
		68		63		69		46
		893		1171		911		372

Tabelle 17: Elemente im Vorstellungsbild von der SPD, die auf Politiker bezogen sind

Art des Arguments, das auf Politiker bezogen ist	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N
Kanzler SPD (Kanzlerkandidat)	52	399	9	72	31	221	6	41	22	109	17	82	14	45	10	34
Kanzler CDU/CSU (Kanzlerkandidat)	0	1	0	1	-	-	-	-	-	-	-	-	0	1	0	1
Parteiführer FDP	-	-	-	-	-	-	-	-	0	2	-	-	-	-	-	-
Parteiführer CSU (soweit nicht Kanzler- kandidat für CDU/CSU)	-	-	-	-	-	-	0	1	-	-	0	1	0	1	-	-
Politiker SPD	4	28	15	117	7	48	24	174	9	42	15	74	31	102	8	25
Politiker CDU/CSU	-	-	0	1	-	-	0	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Politiker FDP	-	-	-	-	0	1	0	2	-	-	1	3	-	-	-	-
Politiker allgemein	12	97	7	54	16	115	15	110	9	46	27	134	27	88	10	32
Sonstige, auf Politiker bezogene Argumente	-	-	-	-	-	-	0	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	68	525	32	245	54	385	46	330	40	199	60	294	72	237	28	92

Tabelle 18: Elemente im Vorstellungsbild von der CDU/CSU, die auf Politiker bezogen sind

Art des Arguments, das auf Politiker bezogen ist	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:																
	1980				1976				1972				1969				
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N	
Kanzler SPD (Kanzlerkandidat)	1	6	0	3	0	1	0	1	1	3	1	4	1	2	1	2	
Kanzler CDU/CSU (Kanzlerkandidat)	15	173	49	547	10	94	7	71	6	36	28	156	29	79	11	31	
Parteiführer FDP	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0	1	
Parteiführer CSU (soweit nicht Kanzler- kandidat für CDU/CSU)	—	—	—	—	6	62	29	283	4	22	20	112	4	10	11	31	
Politiker SPD	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	1	2
Politiker CDU/CSU	9	108	3	33	8	80	4	36	7	38	2	11	3	8	3	7	
Politiker FDP	—	—	0	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Politiker allgemein	14	155	9	102	20	198	16	161	19	105	13	76	20	54	15	41	
Sonstige, auf Politiker bezogene Argumente	—	—	—	—	—	—	0	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
Insgesamt	39	442	61	686	44	435	56	553	36	204	64	359	57	155	43	116	

Table 19: Unpolitische Elemente im Vorstellungsbild über die SPD

Art des unpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %		
Unreflektierte Partei-Identifikation	66	60	20	18	49	73	36	53	63	32	25	13	66	33	28	14
Unpolitische Merkmale	1	1	13	12	—	—	15	23	—	—	12	6	2	1	4	2
Insgesamt	67	61	33	30	49	73	51	76	63	32	37	19	68	34	32	16

Table 20: Unpolitische Elemente im Vorstellungsbild über die CDU/CSU

Art des unpolitischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %	positiv %	negativ %		
Unreflektierte Partei-Identifikation	46	50	35	38	60	82	34	47	56	50	33	29	69	53	13	10
Unpolitische Merkmale	2	2	17	19	2	2	4	6	2	2	9	8	5	4	13	10
Insgesamt	48	52	52	57	62	84	38	53	58	52	42	37	74	57	26	20

Table 21: Unspezifische Elemente im Vorstellungsbild über die SPD

Art des unspezifischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980		1976		1972		1969									
	positiv %	N	negativ %	N	positiv %	N	negativ %	N								
Kategorische Bewertung	50	142	50	141	25	109	72	306	38	141	58	215	62	129	38	79
Keine Unterschiede zwischen den Parteien	-	-	0	1	2	7	1	5	-	-	3	12	-	-	-	-
Sonstige unspezifische Argumente	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3	-	-	0	1
Insgesamt	50	142	50	142	27	116	73	311	38	141	62	230	62	129	38	80

Table 22: Unspezifische Elemente im Vorstellungsbild über die CDU/CSU

Art des unspezifischen Arguments	Die für den Befragen aus dem Argument folgende Bewertung der politischen Partei ist:															
	1980				1976				1972				1969			
	%	N	%	N	positiv %	negativ %	N									
Kategorische Bewertung	21	84	78	307	28	154	70	386	24	146	74	445	47	113	52	126
Keine Unterschiede zwischen den Parteien	-	-	1	2	1	7	1	3	0	2	2	11	-	-	-	-
Sonstige unspezifische Argumente	-	-	-	-	-	-	0	2	-	-	-	-	0	1	0	1
Insgesamt	21	84	79	309	29	161	71	391	24	148	76	456	47	114	53	127